

Diskussionen über den Wohlfahrtsstaat der Zukunft

Kapitel 6 aus: Christoph Butterwegge, *Krise und Zukunft des Sozialstaates*, Wiesbaden (VS – Verlag für Sozialwissenschaften) 2005, S. 233-265

Da den politischen Parteien, so wichtig etwa die Tarifvertragsparteien, d.h. Arbeitgeberverbände und Gewerkschaften, oder die Wohlfahrtsverbände für die konkrete Ausgestaltung des Sozialsystems auch immer sein mögen, eine herausragende Rolle auf diesem Politikfeld zukommt, entscheiden sie doch in Parlamenten und Regierungen über die zentralen (Rahmen-)Bedingungen der Sozial-, Arbeitsmarkt- und Beschäftigungs- wie auch der Familienpolitik,¹ dürfen die innerparteilichen Kontroversen und Programmdebatten hier nicht außer Acht bleiben. Teils direkt mit der praktischen Politik verbunden, teils abgehoben von ihr, streiten die Parteien über Möglichkeiten (und Grenzen) einer grundlegenden Reform des Sozialstaates, die durchzuführen sie ihren Wähler(inne)n oft genug versprochen haben.

Naturgemäß stehen die Positionen der beiden großen Volksparteien im Mittelpunkt einer solchen Analyse, weil sie am ehesten verwirklicht werden dürften. Um den Rahmen der Studie nicht zu sprengen, konzentriert sich diese im Wesentlichen auf *sozialdemokratische* Vorstellungen, denn die SPD war nicht nur 7 Jahre lang die führende Regierungspartei, sondern gilt auch als *parteipolitische* Repräsentanz des deutschen Wohlfahrtsstaates. Da sie intensiver und kontroverser als die übrigen Parteien über seine Zukunft sowie die Notwendigkeit debattiert, ihn den veränderten gesellschaftlichen Rahmenbedingungen anzupassen, lag es nahe, hierauf das Hauptaugenmerk der folgenden Betrachtungen zu richten. Dabei wird historisch weiter ausgeholt, um die Entwicklungstendenzen der Parteiprogrammatik und der (sozial)politischen Kultur, etwa in Bezug auf den gängigen Gerechtigkeitsbegriff, nicht aus dem Blickfeld zu verlieren.

Die aktuelle Sozialstaatsdebatte wird von Begriffen dominiert, die Stephan Hebel, stellvertretender Chefredakteur der *Frankfurter Rundschau*, an George Orwells „Neusprech“ erinnern. „Unter dem Wort-Beschuss der Wirtschaftslobby hat sich zunächst in der geschlossenen Gesellschaft der Berliner Machtzentralen eine Stimmung entfaltet, in der bestenfalls belächelt wird, wer an Worten und Werten wie Gerechtigkeit und Gleichheit in ihrer ursprünglichen Bedeutung festhält. Im schlechteren Fall muss er sich vorwerfen lassen, sich aus der ‚Mottenkiste‘ bedient zu haben.“² Hebel differenziert zwischen drei Methoden dieser „Gehirnwäsche“, wie er sich ausdrückt: die Umdeutung tradierter

¹ Vgl. Martin Seeleib-Kaiser, *Globalisierung und Sozialpolitik. Ein Vergleich der Diskurse und Wohlfahrtssysteme in Deutschland, Japan und den USA*, Frankfurt am Main/New York 2001, S. 87

² Stephan Hebel, *Gehirnwäsche light. George Orwell würde staunen: Wie die Verfechter des Sozialabbaus die Sprache missbrauchen*, in: ders./Wolfgang Kessler (Hrsg.), *Zukunft sozial: Wegweiser zu mehr Gerechtigkeit*, Frankfurt am Main 2004, S. 37

Begriffe (z.B. „Reform“), die Diskreditierung ethisch-moralischer Kategorien („Solidarität“) und die Schönfärberei (z.B. ungerechter Verhältnisse). Heribert Prantl, Ressortleiter Innenpolitik der *Süddeutschen Zeitung*, beklagt die Uniformität der öffentlichen Meinung über die Zukunft des Sozialstaates. Eine „wichtige Kampagne“ habe im Laufe des letzten Jahrzehnts zuerst die Sprache und später auch das Denken erobert: „Es begann damit, daß aus dem sozialen Netz die soziale Hängematte wurde und statt von der Massenarbeitslosigkeit vom kollektiven Freizeitpark die Rede war; mittlerweile wird die Kürzung von Arbeitgeberbeiträgen zur Rentenversicherung als ‚Beitrag zur Generationengerechtigkeit‘ verkauft und eine allgemeine Lohnsenkung als Rezept zur Gesundung des Landes ausgegeben.“³ Schließlich fand in der wirtschafts- und sozialpolitischen Reformdiskussion eine Beweislastumkehr statt: Nicht etwa die Befürworter/innen eines Abbaus der paritätischen Mitbestimmung, des Kündigungsschutzes und des Flächentarifvertrages müssen erklären, wieso diese Maßnahmen zu mehr Beschäftigung führen sollten, sondern die Kritiker/innen solcher „Reformen“ sollen sich dafür rechtfertigen.⁴

6.1 Die sozialdemokratische Programmdebatte und Wandlungen der Wohlfahrtsstaatstheorie

Das sozialdemokratische Staatsverständnis unterliegt seit Gründung der Partei im 19. Jahrhundert einem permanenten, innerparteilich meist heftig umkämpften Wandlungs- und Anpassungsprozess. Vom orthodoxen Marxismus, der im Staat hauptsächlich ein „Herrschaftsinstrument der Bourgeoisie“ sah und den Sozialismus daher auf revolutionärem Wege verwirklichen wollte, gelangte die SPD über den Reformismus bzw. Revisionismus unter Eduard Bernstein, der die „Klassenneutralität“ des Staates hervorhob und die Demokratie durch Sozialreformen sukzessive auf weitere Gesellschaftsbereiche ausdehnen zu können glaubte („Wirtschaftsdemokratie“), zu einem sozialliberalen Integrationismus, der im bürgerlichen Staat das Allgemeinwohl verkörpert wähnte, deshalb auf die Kooperation mit allen gesellschaftlich relevanten Gruppen in der Konzertierte(n) Aktion von Karl Schiller setzte und – vom damaligen Bundeskanzler Helmut Schmidt explizit formuliert – modernes Regierungshandeln nach technokratischer Manier als politische Spielart der Leitung eines Großunternehmens begriff.⁵

Während der für ihre weitere Entwicklung maßgeblichen 1980er-Jahre wurde die Sozialdemokratie politisch-ideologisch und programmatisch-theoretisch gewissermaßen von zwei Seiten in die Zange genommen: „Mit der Kritik an der Arbeits-, Wachstums-, Staats- und Modernisierungsfixiertheit der

³ Heribert Prantl, *Kein schöner Land. Die Zerstörung der sozialen Gerechtigkeit*, München 2005, S. 91

⁴ Vgl. ebd., S. 92

⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge, *Wohlfahrtsstaat und Wirtschaftstotalitarismus*, in: Arno Klönne u.a. (Hrsg.), *Der lange Abschied vom Sozialismus. Eine Jahrhundertbilanz der Sozialdemokratie*, Hamburg 1999, S. 193ff.; ergänzend (mit aus heutiger Sicht manchmal unzutreffenden Wertungen): Christoph Butterwegge, *SPD und Staat heute. Ein Beitrag zur Staatstheorie und zur Geschichte der westdeutschen Sozialdemokratie*, Berlin (West) 1979; ders., *Marxismus – SPD – Staat*, Frankfurt am Main 1981

SPD-Sozialpolitik und dem Plädieren für Selbsthilfeinitiativen und ‚kleine Netze‘ stellten die neuen sozialen Bewegungen traditionelle sozialdemokratische Sozialpolitikvorstellungen in Frage. Doch nicht nur die Sozialstaatskritik von links forderte das sozialdemokratische Sozialpolitikkonzept heraus; auch von neoliberaler Seite wurde es mit Forderungen nach weniger Staat und stärkerer Privatisierung von Lebensrisiken in die Defensive gedrängt.“⁶

Seit 1989/90 dominieren innerhalb der Sozialdemokratie zwei Positionen, die beide – aus jeweils unterschiedlicher Perspektive – das Verhältnis von Weltmarkt und Wohlfahrtsstaat zum Fixpunkt ihrer Politik machen: Entweder betrachtet man den entwickelten Sozialstaat als Produktivkraft bzw. als „Standortvorteil“ im weltweiten Konkurrenzkampf der Wirtschaftsstandorte, wie etwa der frühere Arbeits- und Sozialminister Herbert Ehrenberg, oder als Wachstumsbremse und bloßen Kostgänger der Volkswirtschaft, welcher „verschlankt“ und durch eine Hungerkur „fit für das 21. Jahrhundert“ gemacht werden muss, wie Bodo Hombach, Gerhard Schröders erster Kanzleramtschef.⁷ Im zuerst genannten Fall fungiert Sozialpolitik zwar als abhängige Variable der Volkswirtschaft, hat aber einen hohen wirtschaftlichen Wert;⁸ im zuletzt genannten schließen *soziale* und *Standortsicherung* einander strikt aus. Dass sich die Sozialpolitik der neoliberalen Standortlogik entziehen kann und unabhängig davon sein muss, glaubt heute höchstens noch eine seit dem Rücktritt Oskar Lafontaines als Parteivorsitzender und Finanzminister im März 1999 arg dezimierte und schlecht organisierte SPD-Linke.

Mit dem Kollaps des Staatssozialismus in Osteuropa, Deutschlands Wiedervereinigung und dem Globalisierungsdiskurs geriet der Sozialstaat vollends in die Defensive. Die *linke* Sozialstaatskritik, noch in den 1970er-Jahren klar dominierend, war verstummt, wenn man von einzelnen Ausnahmen absieht,⁹ wohingegen ihr *rechtes* Pendant boomte. Vor allem durch den Diskurs über ökonomische Globalisierungstendenzen gewann diese Form der Sozialstaatskritik eine neue Qualität: Hob sie bisher auf die angeblichen Nachteile einer übertrieben großzügig gestalteten Sozialpolitik für „den Bürger“ ab, etwa vorgebliche Verluste an persönlicher Freiheit und ökonomischen Entfaltungsmöglichkeiten, so lag die Begrenzung der öffentlichen Wohlfahrt jetzt sogar scheinbar im (Standort-)Interesse des ganzen Gemeinwesens. Gleichzeitig bildete sich ein Standortnationalismus heraus, der Hand in Hand mit dem Neoliberalismus ging und sich auch bei führenden SPD-Politikern manifestierte. Genannt sei nur Gerhard Schröders Rede zur *Agenda 2010* im Bundestag, die mit dem Bekenntnis schloss: „Wir

⁶ Antonia Gohr, Eine Sozialstaatspartei in der Opposition. Die Sozialpolitik der SPD in den 80er Jahren, in: Manfred G. Schmidt (Hrsg.), Wohlfahrtsstaatliche Politik. Institutionen, politischer Prozess und Leistungsprofil, Opladen 2001, S. 263

⁷ Vgl. Herbert Ehrenberg, Die große Standortlüge. Plädoyer für einen radikalen Kurswechsel in der Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik, Bonn 1997; Bodo Hombach, Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, München/Düsseldorf 1998

⁸ Vgl. dazu: Georg Vobruba (Hrsg.), Der wirtschaftliche Wert der Sozialpolitik, Berlin 1989

⁹ Vgl. z.B. Rudolph Bauer, EUROpa – Ende des nationalen Sozialstaats?, Antworten und Aussichten, in: Hanfried Scherer/Irmgard Sahler (Hrsg.), Einstürzende Sozialstaaten. Argumente gegen den Sozialabbau, Wiesbaden 1998, S. 129ff.

Deutsche können stolz sein auf die Kraft unserer Wirtschaft, auf die Leistungen unserer Menschen, auf die Stärke unserer Nation wie auch auf die sozialen Traditionen unseres Landes.“¹⁰

Hegemonial wirkt das neoliberale Politikmodell insofern, als es suggeriert, dass die *soziale* mit der – nach allgemeiner Überzeugung notwendigen – *Standortsicherung* unvereinbar sei. Dieser strittige Zusammenhang bestimmte auch die Debatte in der SPD, die sich als Begründerin, Befürworterin und Beschützerin des Sozialstaates und diesen nicht zu Unrecht als ihre „historische Leistung“ versteht.¹¹ Während der 1990er-Jahre sprach die Parteispitze jedoch nur noch von einer „Konsolidierung“ bzw. „Modernisierung“, nicht mehr von einer Weiterentwicklung oder einem Ausbau des Sozialstaates. Rudolf Scharping, Kanzlerkandidat bei der Bundestagswahl am 16. Oktober 1994, beklagte nach dem Scheitern, im Wahlkampf sei die Sozialdemokratie zu sehr als „Partei der Verteilungsgerechtigkeit“ erschienen: „Die SPD muß stärker als in der Vergangenheit wahrgenommen werden als eine Kraft, die den Innovations- und Investitionsstandort Deutschland stärken will, die Wert legt darauf, daß Mut, Kreativität und Phantasie gefördert werden, und dafür die Rahmenbedingungen schafft.“¹² Daher bestritt die Partei den nächsten Bundestagswahlkampf mit der nach beiden Seiten gerichteten Parole „Innovation und Gerechtigkeit“, personifiziert vom Kanzlerkandidaten Gerhard Schröder einerseits und vom damaligen SPD-Vorsitzenden Oskar Lafontaine andererseits.

Die neoliberale Leistungsideologie, basierend auf dem Wettbewerbsgedanken, wonach Konkurrenz nicht nur „das Geschäft belebt“, sondern auch die Menschen zur Optimierung all ihrer Fähigkeiten beflügelt, griff immer weiter um sich. Auch die deutsche Sozialdemokratie schwankte zwischen der neoliberalen Theorie einer strukturell bedingten Überlegenheit des Marktes sowie ihrer traditionellen Sympathie für den Wohlfahrtsstaat, Solidarität und Sicherheitsgarantien hin und her. Typisch dafür erscheint die folgende, beide Momente berücksichtigende Aussage im SPD-Wahlprogramm zur Bundestagswahl 1998: „Wir setzen auf die Kräfte des Marktes und auf die Leistungsbereitschaft der Menschen. Und wir bauen auf soziale Partnerschaft und auf soziale Stabilität.“¹³

¹⁰ Presse- und Informationsamt der Bundesregierung (Hrsg.), Agenda 2010. Mut zum Frieden und Mut zur Veränderung. Regierungserklärung von Bundeskanzler Gerhard Schröder, 14. März 2003, Berlin 2003, S. 46

¹¹ Siehe Johano Strasser, Grenzen des Sozialstaats? – Soziale Sicherung in der Wachstumskrise, Köln/Frankfurt am Main 1979, S. 23

¹² Rudolf Scharping, „SPD quo vadis?“. Stegreif-Rede in Tutzing anlässlich der Tagung mit den Seeheimern am 26. November 1994, in: Vorwärts 1/1995, S. 27

¹³ Vorstand der SPD (Hrsg.), Arbeit, Innovation und Gerechtigkeit. SPD-Programm für die Bundestagswahl 1998, Bonn 1998, S. 11

Als der (West-)Berliner Parteitag am 20. Dezember 1989 ein Grundsatzprogramm verabschiedete, das Freiheit, Gerechtigkeit und Solidarität als Grundwerte der SPD nannte,¹⁴ zeichnete sich der völlige Zusammenbruch des „Ostblocks“ erst in Umrissen ab. Nach diesem „Jahrhundertereignis“ war jeder Sozialismus, auch der *Demokratische*, wie ihn das Berliner Grundsatzprogramm vertrat, aus Sicht namhafter SPD-Politiker auf lange Sicht oder gar für immer diskreditiert. Liberalkonservatismus und Wirtschaftsliberalismus hatten durch den Triumph der kapitalistischen Marktwirtschaft im „Kampf der Systeme“ an Überzeugungskraft gewonnen, was nicht ohne Konsequenzen für das sozialdemokratische Menschen- und Gesellschaftsbild blieb.

Die neoliberale Hegemonie, verstanden als öffentliche Meinungsführerschaft des Marktradikalismus, stellte in der Bundesrepublik allgemein verbindliche Gleichheits- und Gerechtigkeitsvorstellungen auf den Kopf. Galt der soziale Ausgleich zwischen Klassen, Schichten und Individuen früher als Hauptziel jeder staatlichen Politik, so steht Siegertypen heute alles, „Leistungsunfähigen“ bzw. „-unwilligen“, die der Gemeinschaft zur Last fallen, hingegen nichts zu. Wenn davon überhaupt noch die Rede ist, ruft man nach (mehr) „*Generationengerechtigkeit*“; so wird die wachsende Ungleichheit *innerhalb aller* Generationen ignoriert oder bewusst negiert.¹⁵ Man erweckt damit den Eindruck, die „*alte soziale Frage*“ habe sich längst erledigt oder verliere zunehmend an Bedeutung: „Das Gerede vom Krieg der Generationen soll vor allem von diesen Ungleichheiten in den Generationen ablenken und einen gigantischen Umverteilungsprozess verdecken.“¹⁶ Die populäre Formel der „Nachhaltigkeit“ von der Ökologie, wo sie das Problem der Verwendung nichtregenerativer Energien ins Bewusstsein ruft, auf die Finanz-, Wirtschafts-, Sozial- oder Bildungspolitik zu übertragen, wie es besonders Politiker/innen der Bündnisgrünen tun, bedeutet für Micha Brumlik, einen „Bruch mit den Prinzipien einer liberalen, repräsentativen Demokratie“ in Kauf zu nehmen: „Die Gleichsetzung von Steuerbelastungen mit schwindenden Ressourcen stellt (...) auf der theoretischen Ebene einen massiven Kategorienfehler dar, der politisch nicht nur zu einem Abbau öffentlicher Investitionen zugunsten aller möglichen privaten ‚Vorsorgesysteme‘ sowie zu einer weiteren Zunahme öffentlicher Armut zugunsten ungleich verteilten privaten Reichtums führt.“¹⁷

Anthony Giddens, Direktor der London School of Economics und wissenschaftlicher Berater des britischen Premierministers Tony Blair, trieb die Revision des sozialdemokratischen Begriffs der

¹⁴ Vgl. SPD-Parteivorstand (Hrsg.), Grundsatzprogramm der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands. Beschlossen vom Programm-Parteitag der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands am 20. Dezember 1989 in Berlin, geändert auf dem Parteitag in Leipzig am 17.04.1998, o.O. u.J., S. 12f.

¹⁵ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit. Familien- und Sozialpolitik im demografischen Wandel, 2. Aufl. Opladen 2003

¹⁶ Gerhard Bosch, Generationengerechtigkeit im Wohlfahrtsstaat – alte Reiche und arme Junge?, in: Franz Müntefering/Matthias Machnig (Hrsg.), Sicherheit im Wandel. Neue Solidarität im 21. Jahrhundert, Berlin 2001, S. 217

¹⁷ Micha Brumlik, Freiheit, Gleichheit, Nachhaltigkeit. Zur Kritik eines neuen Grundwerts, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 12/1999, S. 1464

Gleichheit schon während der 1990er-Jahre erfolgreich voran, was er folgendermaßen begründete: „Die heutige Linke muß ein dynamisches, an Lebenschancen orientiertes Konzept von Gleichheit entwickeln, dessen Schwerpunkt auf Chancengleichheit liegt.“¹⁸ Es ging dabei nicht mehr um *reale* Gleichheit, sondern nur noch um „*Chancengerechtigkeit*“, die der Einzelne nutzen könne oder auch nicht. So schrieb Bodo Hombach, der die SPD „regierungs-“ und ein von den sozialökonomischen Rahmenbedingungen abstrahierendes Gleichheitsverständnis innerhalb der Partei salonfähig zu machen suchte: „Wir brauchen Gleichheit beim Start, nicht im Ergebnis, eine Politik der zweiten Chance. Das Stichwort ist der aktivierende Staat. Wir müssen Instrumente in die Hand nehmen, die Selbsthilfe, Eigeninitiative und Unternehmertum fördern.“¹⁹ Dass „gleiche Startchancen“ für alle Menschen nur bestehen, wenn sämtliche durch die Ungleichverteilung von Kapitaleigentum und Vermögen bedingten Nachteile derjenigen, die ihre Arbeitskraft verkaufen müssen, um leben zu können, aufgehoben sind, übersah oder verschwieg Hombach. Wolfgang Engler bemerkt hingegen, dass Wettrennen immer auch Ausscheidungskämpfe sind, bei denen Läufer von früheren Erfolgen profitieren. Den ideologischen Zweck der Sportmetapher im neuen (sozialdemokratischen) Gerechtigkeitsdiskurs sieht Engler darin, Gerechtigkeit zu formaler Fairness zu verstümmeln.²⁰

6.2 Das Schröder/Blair-Papier und der „aktivierende Sozialstaat“ als Leitbild der sog. Neuen Mitte

Kurz vor der Europawahl am 13. Juni 1999 wiesen der britische Premier Tony Blair und Gerhard Schröder in London Europas Sozialdemokraten einen „Weg nach vorne“. Was als „Schröder/Blair-Papier“ bekannt wurde, sah im deutschen Sozialstaat ein Beschäftigungshindernis und ein Risiko für die künftige Gesellschaftsentwicklung: „Ein Sozialversicherungssystem, das die Fähigkeit, Arbeit zu finden, behindert, muß reformiert werden. Moderne Sozialdemokraten wollen das Sicherheitsnetz aus Ansprüchen in ein Sprungbrett in die Eigenverantwortung umwandeln.“²¹ Hier hört man, auch ohne zwischen den Zeilen lesen zu müssen, das Stammtischgerede über die „soziale Hängematte“ heraus.

Da war von einer „Ausweitung der Chancengleichheit“ die Rede, aber auch von einem Arbeitszwang für Bezieher/innen staatlicher Leistungen. Bodo Hombach, einer der Mitverfasser des Schröder/Blair-Papiers, sprach vom „aktivierenden Sozialstaat“ als einem „Trampolin“, das die Erwerbslosen in den Arbeitsmarkt zurückkatapultieren solle.²² An diesem Bild, das auch Bundeskanzler Gerhard Schröder benutzte, übte Heribert Prantl beißende Kritik: „Das herzlose Wort vom sozialen Netz als ‚Trampolin‘

¹⁸ Anthony Giddens, Die Frage der sozialen Ungleichheit, Frankfurt am Main 2001, S. 96

¹⁹ Bodo Hombach, Aufbruch, a.a.O., S. 12

²⁰ Vgl. Wolfgang Engler, Bürger, ohne Arbeit. Für eine radikale Neugestaltung der Gesellschaft, Berlin 2005, S. 270

²¹ Gerhard Schröder/Tony Blair, Der Weg nach vorne für Europas Sozialdemokraten. Ein Vorschlag, in: Hans-Jürgen Arlt/Sabine Nehls (Hrsg.), Bündnis für Arbeit. Konstruktion – Kritik – Karriere, Opladen/Wiesbaden 1999, S. 297

²² Siehe Bodo Hombach, Aufbruch. Die Politik der Neuen Mitte, 3. Aufl. München/Düsseldorf 1998, S. 18

oder ‚Sprungbrett‘ spricht weniger für neue Ideen der SPD denn für ihre neue Gefühllosigkeit: Beide Gerätschaften eignen sich nämlich nur für den gesunden und leistungsfähigen Menschen.“²³

Volker Offermann sah in dem Papier der Regierungschefs und ihrer Ghostwriter, das vor allem die *deutschen* Medien intensiv beschäftigte, „keine relevanten Handlungsempfehlungen zur Bewältigung objektiv im Wohlfahrtsstaat bestehender Problemlagen“, zumal ihn auch der Rat, statt *sozialer* nur noch *Chancengleichheit* bzw. Fairness anzustreben, nicht überzeugte: „Soziale Gerechtigkeit ist mehr als Chancengleichheit, wenn auch Chancengleichheit als eine Voraussetzung sozialer Gerechtigkeit angesehen werden kann. Gerechtigkeit setzt in einem bestimmten Maße eben auch Gleichheit im Ergebnis voraus.“²⁴

Der „aktivierende Sozialstaat“, wie ihn das Schröder/Blair-Papier beschwor, bedeutet das definitive Ende für den aktiven Sozialstaat. Klaus Dörre meint, das Schröder/Blair-Papier habe die „glasklare Botschaft“ vermittelt, dass sich im Gefolge der Globalisierung die Gewichte zwischen Ökonomie und Politik für immer zu Lasten der Letzteren verschöben und auch den europäischen Sozialdemokraten keine andere Wahl bleibe, als den Wohlfahrtsstaat an die Zwänge der offenen Weltmärkte anzupassen. „Überlebensfähig ist nur, was sich im internationalen Restrukturierungswettlauf behauptet. ‚Renaissance der sozialen Marktwirtschaft‘ heißt in diesem Zusammenhang, alle Institutionen des ‚rheinischen Kapitalismus‘ – vom Flächentarifvertrag bis zu den sozialen Sicherungssystemen – dem Markttest zu unterwerfen.“²⁵ Nicht so sehr der Inhalt ihrer Politik, sondern eher ihre bessere Eignung zur Herstellung von Kompromiss und Konsens unterscheidet die Sozialdemokratie gegenwärtig von den bürgerlichen Konkurrenzparteien.²⁶

Bodo Zeuner sprach gar vom Bruch der Sozialdemokratie mit ihrer reformistischen Tradition, ihrer engen Bindung an die Arbeiterbewegung und ihrer (wohlfahrtsstaatlichen) Grundorientierung: „Statt den Kapitalismus zu zähmen, durch gesellschaftliche Kraftentfaltung von Unterdrückten, durch gewerkschaftliche Organisation, durch staatliche Regulierung, soll nunmehr der globale Markt das Maß aller Politik sein. Der Staat, das Gemeinwohl, die Volkssouveränität, mithin die Demokratie, ja die Politik selbst, stehen zur Disposition der unkontrollierbar gewordenen wirtschaftlichen Macht, und wer dagegen aufbegehrt, ist nicht ‚modern‘.“²⁷

²³ Heribert Prantl, Rot-Grün. Eine erste Bilanz, Hamburg 1999, S. 73

²⁴ Volker Offermann, Die „Neue Mitte“ und der Wohlfahrtsstaat, in: Sozialer Fortschritt 11/1999, S. 278

²⁵ Klaus Dörre, Die SPD in der Zerreißprobe. Auf dem „Dritten Weg“, in: ders. u.a., Die Strategie der „Neuen Mitte“. Verabschiedet sich die moderne Sozialdemokratie als Reformpartei?, Hamburg 1999, S. 7

²⁶ Vgl. ebd., S. 8

²⁷ Bodo Zeuner, Der Bruch der Sozialdemokraten mit der Arbeiterbewegung. Die Konsequenzen für die Gewerkschaften, in: Klaus Dörre u.a., Die Strategie der „Neuen Mitte“, a.a.O., S. 133

Unabhängig davon, ob das Schröder/Blair-Papier neoliberal oder kommunitaristisch war, wie Hans Joas meinte,²⁸ barg es die Gefahr in sich, dass Deutschlands Sozialdemokraten unter ihrem neuen Vorsitzenden dem geistigen Mainstream und modischen Trends folgten. Ihm lag nicht das Konzept selbstbewusst ihre Rechte einfordernder Sozialstaatsbürger/innen zugrunde, vielmehr ein Modell, das den Bedürftigen wieder mehr Pflichten auferlegt. Sozialpolitik verkommt dabei zu einem Geschäft auf Gegenseitigkeit: Von der Allgemeinheit materiell unterstützte Personen schulden ihr etwas. Typisch dafür ist der wieder auflebende Arbeitszwang (1-Euro-Jobs), sind aber auch Zielvereinbarungen, die Arbeitslose, Leistungsempfänger/innen und staatliche Behörden miteinander schließen sollen. Denn das Kontraktmanagement bzw. die Vertragslogik, der letztlich eine Tauschsituation auf dem Markt zugrunde liegt, lässt die Status- und Machtunterschiede zwischen den Vertragspartnern völlig außer Acht: „Der Leistungsempfänger befindet sich hier in der Situation eines Bittstellers; es wird aber so getan, als verfüge er über die notwendige Verhandlungsmacht, um mit der Bewilligungsinstanz für die Sozialleistungen eine wechselseitige Beziehung eingehen zu können.“²⁹

Stefan Sell bemüht sich um eine differenzierte Beurteilung des Schröder/Blair-Papiers, kommt dabei allerdings nicht an der Tatsache vorbei, dass es einen Richtungswechsel der sozialdemokratischen Reformpolitik dokumentiert, wenn er seine Ambivalenz hervorhebt und schreibt: „Auf der einen Seite ist es das Plädoyer für eine ‚angebotspolitische Wende‘ der Sozialdemokratie und der Versuch, die deutsche Sozialdemokratie auf den britischen Kurs in der Wirtschafts- und Sozialpolitik auszurichten. (...) Auf der anderen Seite operiert das Blair/Schröder-Papier mit Vorschlägen, die sich durchaus in die theoretisch und konzeptionell weitaus besser fundierten Zukunftsdiskussionen in der arbeitsmarktpolitischen Fachdebatte einpassen.“³⁰

Unter dem Schlagwort vom „aktivierenden Staat“ firmiert eine Konzeption zur Reorganisation der Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die „Eigeninitiative“ fördern und Gegenleistungen der Betroffenen einfordern soll. Man übernahm aus dem angloamerikanischen Raum ein Modell, das „welfare“ durch „workfare“ ersetzte und die SPD als führende Regierungspartei der Bundesrepublik in den folgenden Jahren benutzte, um den hiesigen Sozialstaat, vor allem jedoch dessen Verhältnis zu existenziell von seinen Transfer-, Dienst- und Sachleistungen abhängigen Menschen, grundlegend zu verändern. Neu definiert wurden vor allem die Rechte und Pflichten des Bürgers zum Gemeinwesen: „Nun ist nicht mehr der Staat für die Lösung sozialer Probleme zuständig, sondern der Bürger ist eigenverantwortlich

²⁸ So Hans Joas, Das Blair-Schröder-Papier ist nicht „neoliberal“, in: NG/FH 11/1999, S. 990

²⁹ Robert Castel, Die Stärkung des Sozialen. Leben im neuen Wohlfahrtsstaat, Hamburg 2005, S. 113

³⁰ Stefan Sell, Arbeitsmarktpolitik: Vom langsamen Sterben einer guten Absicht oder Renaissance im Modell des „aktivierenden Sozialstaates“? – Ein Rückblick und ein Blick über den Tellerrand, in: Frank Schulz-Nieswandt/Gisela Schewe (Hrsg.), Sozialpolitische Trends in Deutschland in den letzten drei Dekaden. Eve-Elisabeth Schewe zum 70. Geburtstag, Berlin 2000, S. 159

und der Staat aktiviert den Bürger nur noch, damit dieser seine Probleme selber lösen kann (Fördern und Fordern).“³¹

Wie andere Hauptvertreter dieses Ansatzes ging Rolf G. Heinze von einer „blockierten Gesellschaft“ aus, die sich – wenn überhaupt – viel zu langsam an die gewandelten Bedingungen der Postmoderne anpasse.³² Damit fügte er sich in den Mainstream von (Bestseller-)Autoren ein, die Deutschland, begriffen als „Wirtschaftsstandort“ und politisches Kollektivsubjekt, im rasanten Niedergang zu sehen wähen, dem höchstens durch die strikte Befolgung der eigenen Rezepte eines beschleunigten Umbaus möglichst aller Lebensbereiche nach dem simplen Rezept „Marktkräfte, Konkurrenz und Leistung stärken!“ noch Einhalt zu gebieten sei.³³ Heinze schwebt allerdings kein neoliberaler Minimalstaat, vielmehr im Anschluss an Giddens bzw. einen von diesem geprägten Terminus ein „sozialinvestiver Sozialstaat“ vor. In diesem Sinne fordert er, der Schwerpunkt sozialpolitischer Aktivitäten müsse sich von der monetären Umverteilungs- zur sozialinvestiven Dienstleistungspolitik verschieben: „Soziale Infrastruktur, Bildung und die Förderung innovativer Milieus sind Instrumente zur Aktivierung des gesellschaftlichen Humankapitals.“³⁴

Dieser häufiger von neoliberalen Ökonomen als von der SPD nahestehenden Sozialwissenschaftlern benutzte Terminus wurde aus gutem Grund zum Unwort des Jahres 2004 gewählt, denn es ist inhuman, Menschen als „Humankapital“ zu bezeichnen. Ähnlich würdige Unworte des Jahres wären übrigens „Privatinitiative“, „Eigenverantwortung“ und „Selbstvorsorge“, weil diese Vokabeln nicht nur vage, mehrdeutig und missverständlich sind, vielmehr auch soziale Verantwortungslosigkeit kaschieren und legitimieren. Denn die genannten, dem neoliberalen Begriffsarsenal entlehnten Formeln tun so, als ob jedes Gesellschaftsmitglied in der Lage wäre, sein Schicksal selbst in die Hand zu nehmen, und bemänteln damit, dass der Staat seine Pflichten gegenüber (Langzeit-)Arbeitslosen, Alten, Kranken und Menschen mit Behinderungen immer weniger erfüllt, während er Spitzenverdiener und Kapitaleigentümer durch eine auf die Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des „eigenen“ Wirtschaftsstandortes gerichtete Steuerpolitik finanziell immer stärker entlastet, ohne sie in vergleichbarer Weise – falls nicht anders möglich: mittels negativer Sanktionen – auf karitatives, bürgerschaftliches oder zivilgesellschaftliches Engagement festzulegen.

³¹ Karl Koch, Kommunalisierung der Sozialpolitik in Hessen – eine Chance für die soziale Arbeit, in: Klaus Störch (Hrsg.), Soziale Arbeit in der Krise. Perspektiven fortschrittlicher Sozialarbeit, Hamburg 2005, S. 134

³² Vgl. Rolf G. Heinze, Die blockierte Gesellschaft. Sozioökonomischer Wandel und die Krise des „Modells Deutschland“, Opladen/Wiesbaden 1998; ders., Die Berliner Räterepublik. Viel Rat – wenig Tat?, Wiesbaden 2002

³³ Vgl. z.B. Paul Nolte, Generation Reform. Jenseits der blockierten Republik, München 2004; Hans-Werner Sinn, Ist Deutschland noch zu retten?, 8. Aufl. München 2004; Gabor Steingart, Deutschland. Der Abstieg eines Superstars, 14. Aufl. München/Zürich 2004; kritisch dazu, wenngleich ebenfalls im Rahmen der Standortlogik argumentierend: Peter Bofinger, Wir sind besser als wir glauben. Wohlstand für alle, München 2005

³⁴ Siehe Rolf G. Heinze, Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.), Die neue SPD. Menschen stärken – Wege öffnen, Bonn 2004, S. 262

Eine „investive“ Sozialpolitik führt allerdings zwangsläufig zur sozialen Selektion, weil sie auf der Kernentscheidung basiert, in welche gesellschaftlichen Gruppen (wie viel) investiert werden soll und in welche nicht. „Bei einer Sozialpolitik im Interesse der Wirtschaftspolitik bietet sich die Einteilung der Gesellschaft in produktive und unproduktive Gruppen als Entscheidungshilfe für die (selektiven) Investitionen geradezu an. Gefördert würden bzw. investiert würde dann vorrangig in produktive und potenziell (zukünftig) produktive Gruppen. Für diese Gruppen werden Investitionen getätigt, während für aus dem Wirtschaftsleben Ausscheidende nur die Existenzsicherung oder Grundversorgung bleibt.“³⁵

Rolf G. Heinze setzt auf jene „Dynamik des Marktes“, die auch Neoliberale bis zum Überdruß beschwören und „in bürokratischer Routine erstarrte Behörden, leer laufende Programme und resignierte Individuen“ wieder in Schwung bringen soll: „Statt immer kompliziertere und unüberschaubarere Direktinterventionen zu konzipieren, muss eine neue Beschäftigungspolitik, wenn sie etwas bewirken will, vor allem private Initiative freisetzen und einfache, verständliche und allgemeine Rahmenbedingungen schaffen, unter denen selbstinteressiertes Handeln auch im Arbeitsmarkt zum allgemeinen Nutzen beitragen kann.“³⁶ Heinze macht sich Sorgen wegen der „Vergeudung von Humankapital“, die auch ökonomisch schädlich sei, und möchte die Standardrisiken, denen praktisch jede/r ausgesetzt ist, nicht mehr als Gefahren, sondern als „produktiven Antrieb von Wirtschaft und Gesellschaft“ interpretiert wissen: „Soziale Sicherung versteht sich als Sicherung gegen Risiken. Sie sollte stärker als Instrument für die Akzeptanz von Risiken verstanden werden.“³⁷ Dass soziale Unsicherheit bzw. Ungesicherheit nicht nur ein Beweis für fortdauernde Ungerechtigkeit ist, sondern hierzulande auch die Freiheit vieler Millionen Menschen beeinträchtigt und die Produktivität der ganzen Gesellschaft belastet, wird dabei ignoriert.

Es geht Rolf G. Heinze, Josef Schmid und Christoph Strünck um einen effektiveren, kostengünstigeren bzw. „billigeren“ Staat, der seine Aufgabe, eine soziale Grundsicherung und die Teilhaberechte aller Bürger/innen zu gewährleisten, gleichwohl besser erfüllt: „Der ‚aktivierende‘ Staat, der sich jenseits von Reprivatisierung und Etatismus ansiedelt (also ‚jenseits von links und rechts‘), zielt auf eine aktive Förderung der assoziativen Gesellschaftsstrukturen, die öffentliche Regulierungsfunktionen übernehmen können.“³⁸ Insofern unterscheidet sich der „aktivierende Staat“ auch nicht mehr strikt von

³⁵ Michael Buestrich/Norbert Wohlfahrt, Hartz und die Folgen für kommunale Beschäftigungsförderung, in: Walter Hanesch/Kirsten Krüger-Conrad (Hrsg.), Lokale Beschäftigung und Ökonomie. Herausforderung für die „Soziale Stadt“, Wiesbaden 2004, S. 208

³⁶ Rolf G. Heinze, Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat, a.a.O., S. 264

³⁷ Ebd., S. 268

³⁸ Rolf G. Heinze/Josef Schmid/Christoph Strünck, Vom Wohlfahrtsstaat zum Wettbewerbsstaat. Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik in den 90er Jahren, Opladen 1998, S. 215

der Gesellschaft. Vielmehr besteht seine neue Aufgabe in der Überprüfung, welche seiner bisherigen Aufgaben gesellschaftliche Organisationen ausführen könnten. Anschließend könne der Staat „Ballast abwerfen“, also durchaus „schlanker“ werden, ohne jedoch „abzumagern“ oder „auszuhungern“.

Unter der Zwischenüberschrift „Ein allzuständiger Staat ist nicht mehr zukunftsfähig“ bemerkte der damalige nordrhein-westfälische Innenminister Fritz Behrens: „Das etablierte Verhältnis von Staat und Gesellschaft ist ins Wanken geraten, und Verdrossenheit, Krisen, Blockaden und ein tiefgreifender Vertrauensverlust zwingen zur Suche nach einer Alternative, d.h. zu einer neuen Arbeitsteilung zwischen Staat und Gesellschaft, zu einem neuen zukunftsfähigen gesellschaftspolitischen Konsens.“³⁹ Klaus-W. West begründete den seiner Meinung nach zwangsläufig erfolgenden Paradigmawechsel mit einem Wandel des Gerechtigkeitsempfindens vieler Arbeitnehmer/innen, das sich in letzter Zeit von der Bedarfs- zur Leistungsgerechtigkeit verschoben habe: „Ein modernes Reformkonzept muss, neben den nicht zu vernachlässigenden sozialen Schutzvorkehrungen, Aktivierungsstile entwerfen, die mit den Erwartungen der demokratischen Mittelschichten korrespondieren müssen – schließlich sind es diese Mittelschichten, die eine Reform für den aktivierenden Sozialstaat zu tragen und zu finanzieren haben.“⁴⁰ Jürgen Kocka, WZB-Präsident und ein weiterer Hauptrepräsentant der „neuen SPD“, stellte gleichfalls nicht die Interessen der abhängig Beschäftigten oder der sozial Benachteiligten, sondern die Expansionsbedürfnisse der Wirtschaft ins Zentrum. Primär muss es der Bundesregierung seines Erachtens darum gehen, „stetiges Wachstum zurückzugewinnen, das friedenspolitisch und ökologisch verträglich ist, auch wenn dies die Hintanstellung anderer traditioneller linker Ziele bedeutet. Es ist zu diesem Zweck unabdingbar, mehr Ungleichheit zu akzeptieren, etwa auch in der Lohnpolitik; größere Flexibilität zu fördern, und zwar auch auf Kosten der Sicherheit; Verteilungsgerechtigkeit kleiner zu schreiben als Anerkennungs- und Teilhabegerechtigkeit; Investitionen in die Zukunft zu stärken, auch wenn dies Verzicht auf Konsum in der Gegenwart bedeutet; wirtschaftliche, gesellschaftliche und kulturelle Dynamik zu suchen statt zu zähmen.“⁴¹

Die damalige Bildungs- und Wissenschaftsministerin des Landes Nordrhein-Westfalen, Gabriele Behler, warb für eine „neue Sozialstaatlichkeit“, mit der die individuelle und gemeinschaftliche Verantwortung zusammengeführt werden sollten. Sie hob die Bedeutung des Prinzips der Subsidiarität im Hinblick auf die eigenständige und eigenverantwortliche Entfaltung gesellschaftlicher Strukturen hervor, was Folgendes bedeute: „Der Sozialstaat muß einerseits da erhalten werden, wo es darum geht,

³⁹ Fritz Behrens, Der aktivierende Staat. Von der Allzuständigkeit zur Selbstregierung, in: Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Ulrich Wehrhöfer (Hrsg.), Bürgergesellschaft und Gemeinwohl. Analyse – Diskussion – Praxis, Opladen 1999, S. 48

⁴⁰ Klaus-W. West, Sozialstaatliche Reform als Übergang von einer aktiven zu einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.), Neue Balance zwischen Markt und Staat? – Sozialdemokratische Reformstrategien in Deutschland, Frankreich und Großbritannien, Schwalbach im Taunus 2001, S. 132

⁴¹ Jürgen Kocka, Linke Prinzipien nach dem Sozialismus, in: NG/FH 11/2004, S. 49

zentrale Lebensrisiken abzusichern – bei Arbeitslosigkeit, Alter, Krankheit und Unfall –, und andererseits müssen sich die Bürgerinnen und Bürger vom Wunsch nach einem Wohlfahrtsstaat, der ihnen in paternalistischer Weise die eigene Lebensversorgung abnimmt, zukünftig verabschieden.“⁴² Olaf Scholz, seinerzeit Generalsekretär der SPD, setzte sich für eine „präventive Sozialpolitik“ ein, um die Befähigung und Ermächtigung der Menschen zu einem selbstbestimmten, eigenverantwortlichen Leben ins Zentrum zu rücken: „Entscheidend ist hier die Einsicht, dass die Zukunft dem aktiven und aktivierenden Sozialstaat gehört, der gezielt in Menschen investiert, damit diese in Zeiten dynamischen Wandels als selbstbewusste Bürger ihr Leben gestalten können und nicht in den Klammergriff von Verhältnissen geraten, über die sie keine Kontrolle haben.“⁴³

Hans-Jürgen Urban vertritt die These, dass sich die Krise des sozialdemokratischen Wohlfahrtsstaates mittlerweile zu einer Krise der Sozialdemokratie selbst ausgewachsen habe, was diese zwingt, einen neuen Sozialstaatsentwurf zu präsentieren, der drei Ziele verfolge: „Er soll die Sozialstaatsoption unter den Bedingungen struktureller Wachstums- und Beschäftigungskrisen, chronischer Haushaltsdefizite und hoher Kapitalmobilität aufrecht erhalten; er soll der in die Identitätskrise geratenen Mitglied- und Wählerschaft ein neues, politisch belastbares Selbstverständnis stiften, und zugleich soll er einen Image-Gewinn in der medialen Öffentlichkeit realisieren.“⁴⁴ „Eigenverantwortung“ und „Aktivierung“ hält Urban für die Schlüsselkategorien einer neuen Wohlfahrtskultur wie einer politischen Strategie, die dahin führen soll.

Antonia Gohr weist darauf hin, dass sich die gesellschaftliche Problemdeutung (Finanzkrise als Ausgaben- statt als Einnahmenproblem), die angestrebten Ziele (Chancen- statt Ergebnisgleichheit; Beschränkung statt Ausweitung des Kreises von der Sozialpolitik Begünstigter) und die zu ihrer Erreichung eingesetzten Instrumente (Konzentration auf die Angebots- statt auf die Nachfrageseite) drastisch verändert haben. „Mit der ‚aktivierenden Sozialpolitik‘ zeichnet sich ein neues Verständnis des Verhältnisses von Staat, Markt und Gesellschaft ab. Der Transformationsprozess hin zu einem neuen sozialdemokratischen Sozialstaatsmodell ist jedoch noch längst nicht abgeschlossen.“⁴⁵

Mit dem Leitbild des „vorsorgenden, aktivierenden und investiven Sozialstaates“ hat die SPD zwar kein *Alternativmodell* zum neoliberalen Minimalstaat entwickelt, dieses Konzept aber auch nicht ohne Modifikation übernommen. Sie rückt vielmehr dadurch von ihrer Parteitradition ab und ein Stück

⁴² Gabriele Behler, Für eine neue Sozialstaatlichkeit. Individuelle und gesellschaftliche Verantwortung zusammenführen, in: Ulrich von Alemann/Rolf G. Heinze/Ulrich Wehrhöfer (Hrsg.), Bürgergesellschaft und Gemeinwohl, a.a.O., S. 85

⁴³ Olaf Scholz, Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert, in: NG/FH 9/2003, S. 16

⁴⁴ Hans-Jürgen Urban, Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?, in: WSI-Mitteilungen 9/2004, S. 467

⁴⁵ Antonia Gohr, Auf dem „dritten Weg“ in den „aktivierenden Sozialstaat“? – Programmatische Ziele von Rot-Grün, in: dies./Martin Seeleib-Kaiser (Hrsg.), Sozial- und Wirtschaftspolitik unter Rot-Grün, Wiesbaden 2003, S. 50

weiter nach rechts, dass Lohnarbeiter/innen und Arbeitslose auseinanderdividiert werden. Denn bei ihrem neuen Lieblingsmotto „Fördern und Fordern“ handelt es sich im Grunde um eine Perversion des Solidaritäts- wie des Subsidiaritätsprinzips. „Eigenvorsorge und Eigenverantwortlichkeit treten an die Stelle gesellschaftlicher, kollektiver Solidarität.“⁴⁶ Dirk Hauer hebt den autoritären Kerngehalt der Aktivierungsideologie und -strategie hervor: „Seit der Bismarck’schen Sozialgesetzgebung ist die Arbeitsverpflichtung im Sozialstaatsgedanken strukturell angelegt. Im ‚aktivierenden Sozialstaat‘ wird sie jedoch nicht nur zu einer permanenten Anforderung, sondern darüber hinaus zu einer ‚Pflicht zur Eigenverantwortung‘ verallgemeinert und radikalisiert.“⁴⁷

Achim Trube bemängelt, dass der „aktivierende Sozialstaat“ die strukturellen Probleme einer sich verfestigenden Massenarbeitslosigkeit mittels eines vermehrten Drucks gegenüber jedem einzelnen Arbeitslosen auf der individuellen Ebene zu bewältigen suche, was ebenso wenig zielführend sei wie die Behandlung volkswirtschaftlicher Probleme aus einer betriebswirtschaftlichen Perspektive.⁴⁸ Das zum Erkennungsmerkmal der sozialdemokratischen „Modernisierer“ avancierte „Fördern und Fordern“ wird in aller Regel zum „Überfordern und Hinausbefördern“, wie es Trube pointiert formuliert.⁴⁹ Auch heißt „Stärkung der Eigeninitiative“ von Arbeitslosen üblicherweise nur, dass man Zwangsmaßnahmen gegenüber den Betroffenen ergreift und diesen harte Sanktionen androht. „Wenn mit Eigeninitiative mehr gemeint ist als die Erhöhung des Drucks auf die Arbeitslosen, dann müssen neben denjenigen Elementen, die den ‚Anreiz‘ zur Arbeitsaufnahme erhöhen, solche vorhanden sein, die die Autonomie der Arbeitslosen verstärken.“⁵⁰

Wolfgang Völker sieht eine Haupttendenz der aktuellen Sozialpolitik darin, kollektive Sicherheiten und individuelle soziale Rechte zu zerstören, verbunden mit einer Neigung, die Betroffenen selbst für ihre Lebensgestaltung verantwortlich zu machen: „Der aktivierende Staat verbreitet unter dem Etikett modernen Regierens, ‚Fördern und Fordern‘, soziale Verunsicherung zusätzlich zu der schon aufgrund der ökonomischen Entwicklung vorhandenen.“⁵¹ Das besonders innovativ erscheinende Konzept der „neuen Sozialdemokratie“ ist tatsächlich antiquiert, denn es korreliert nicht mit der gesellschaftlichen, ökonomischen und politischen Entwicklung. „Je entwickelter eine Wirtschaft ist, umso weniger nutzt

⁴⁶ Dirk Hauer, Law and Order auf die sanfte Tour. Der „aktivierende Sozialstaat“ und sein autoritärer Charakter, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression. Dokumentation einer Tagung des Komitees für Grundrechte und Demokratie in Kooperation mit der Evangelischen Akademie Arnoldshain vom 12. Bis 14. September 2003 in Arnoldshain, Köln 2004, S. 91

⁴⁷ Ebd.

⁴⁸ Vgl. Achim Trube, Aktivierender Sozialstaat – Programmatik, Praxis und Probleme, in: NDV 8/2003, S. 336

⁴⁹ Siehe ders., Überfordern und Hinausbefördern – Prämissen, Praxis und Probleme aktivierender Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, in: Sozialer Fortschritt 11-12/2003, S. 301ff.

⁵⁰ Silke Bothfeld/Sigrid Gronbach/Kai Seibel, Eigenverantwortung in der Arbeitsmarktpolitik: Zwischen Handlungsautonomie und Zwangsmaßnahmen, in: WSI-Mitteilungen 9/2004, S. 507

„Eigeninitiative“, umso mehr haben wir es mit Vorgängen zu tun, die völlig außerhalb der Reichweite *individueller* Initiative und Verantwortung liegen.“⁵² Aktivierungskonzepte gleichen einer Quadratur des Kreises, weil sie ihre eigentliche Zielgruppe gar nicht erreichen, während andere, eher privilegierte Kreise davon zusätzlich profitieren.

Dass sich gegenwärtig die Angst im Land ausbreitet, Millionen Menschen aufgrund der Furcht vor dem Arbeitsplatzverlust, mangelnder Berufsperspektiven und drohender Sanktionen der für sie zuständigen „Fallmanager“ nicht schlafen können, gehört wegen des gleichzeitig wachsenden gesellschaftlichen Reichtums zu den großen Widersprüchen unserer Zeit. Während die gesundheitlichen Probleme und psychosozialen Beeinträchtigungen der unmittelbar oder mittelbar Betroffenen zunehmen, fehlen oft die finanziellen Ressourcen für eine adäquate Behandlung. In dieser Situation erhalten administrative Repressalien geradezu eine kompensatorische Funktion:

„Arbeitsmarktpolitik wird zu einer Form der medizinisch-psychologischen (Zwangs-)Therapie.“⁵³

Adalbert Evers betont die Ambivalenz des Konzepts eines „aktivierenden Staates“, das er generell lieber auf die Politik als auf den Sozialstaat beziehen möchte. Die unter Berufung darauf verfolgten Strategien siedelt Evers zwischen zwei entgegengesetzten Polen an: „Am einen Pol wird es bei der Aktivierung um die weitestgehende Mobilisierung aller gesellschaftlichen Ressourcen im Rahmen eines Szenarios gehen, das vom Kampf um Status und wirtschaftlichen Erfolg im Rahmen der Marktgesellschaft bestimmt ist; der Primat des Marktes ist hier nicht so sehr Herausforderung und Problem als vielmehr Datum oder Aufgabe. Am anderen Pol wird es bei Aktivierung vor allem um die Entwicklung einer Politik gehen, die es versteht, Beteiligungsformen zu entwickeln, entlang derer individuelle Interessen und Gruppenanliegen und ihre Konfliktaustragungen durch wechselseitigen Respekt und die Berücksichtigung von Gemeinwohlbelangen geprägt werden. Eine derart aktivierende Politik, so die Hoffnung, könnte Marktkräfte zivilisieren, aber auch entwickeln und nutzen helfen.“⁵⁴

Carsten G. Ullrich differenziert gleichfalls zwischen zwei Aktivierungsvorstellungen. Das erste Verständnis einer „aktivierenden“ Sozialpolitik bezeichnet er als „sozialliberales Marktmodell“, das die Stärkung der individuellen Eigenverantwortung und Marktfähigkeit in den Mittelpunkt rücke. Bei dem zweiten, als „kommunitaristisch“ bezeichneten Konzept meine Aktivierung dagegen primär die finanzielle Förderung und rechtliche Privilegierung „gemeinschaftlicher“ Organisationsformen und

⁵¹ Wolfgang Völker, Soziale Garantien. Anmerkungen zur Forderung nach einem bedingungslosen Grundeinkommen, in: Komitee für Grundrechte und Demokratie (Hrsg.), Eine Politik sozialer Menschenrechte in Zeiten von Verarmung und Repression, a.a.O., S. 95

⁵² Herbert Schui, Mythos Eigenverantwortung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 3/2004, S. 327 (Hervorh. im Original)

⁵³ Siehe Dirk Hauer, Law and Order auf die sanfte Tour, a.a.O., S. 93

familialer Hilfeleistungen: „Neben den klassischen Formen (Familienhilfe, Wohlfahrtsverbände) wird hier vor allem an Selbsthilfe- und Betroffenengruppen und an die Ausweitung von Mitwirkungsrechten gedacht (z.B. für Patienten im Krankenhaus oder für Eltern in Schulen).“⁵⁵

„Aktivierung“ ist ein schillernder Begriff, der oft nicht mehr als erfolgreiche „Aussteuerung“, also die Einschüchterung, Abschreckung und Verdrängung von sozial Benachteiligten aus dem Leistungsbezug, meint. Neben dem Ersatz individueller Rechtspositionen durch Pflichten, deren Verletzung mit Strafen geahndet wird, kann man darunter auch eine solidarische Hilfe zur Selbsthilfe verstehen. Das zuerst genannte Deutungsmuster dominiert im öffentlichen Diskurs darüber jedoch ganz eindeutig: „Mit der Idee der ‚Aktivierung‘ sollen Ansprüche auf soziale Grundrechte delegitimiert, zumindest aber deutlich beschränkt werden.“⁵⁶ Fast immer bedeutet „Aktivierung“ eine Disziplinierung der Betroffenen, während die notwendige Solidarisierung mit ihnen dabei auf der Strecke bleibt. In einer „Zivil-“ oder „Bürgergesellschaft“ erübrigt sich diese Strategie, weil sie mit der Vorstellung mündiger, sich selbst engagierender Staatsbürger/innen unvereinbar ist.

Dirk Hauer sieht im „Fördern und Fordern“ obrigkeitsstaatliche Eingriffe in die persönliche Lebensplanung und -entwürfe, was für soziale Einrichtungen und deren Träger eine „paternalistische Wende“ bedeute.⁵⁷ Da der Einsatz staatlicher Zwangsmittel erforderlich sei, um jene flexibilisierten Verhaltensweisen, die man beschwöre, zu produzieren, lasse die aktivierende Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik „terroristische Züge“ erkennen: „Das Menschenbild, das sich hinter der ‚Aktivierung‘ verbirgt und mit ihr transportiert wird, ist die Vorstellung von ununterbrochener Produktivität und Verwertung: arbeiten ohne Ende und Grenze, ‚lebenslanges Lernen‘ und Qualifizieren, permanente Bereitschaft, räumliche und soziale Bindungen jederzeit für einen Job aufzugeben.“⁵⁸

Der „aktivierende Sozialstaat“ bietet Hilfebedürftigen von sich aus keine aktive Unterstützung mehr, wie dies der überkommene Sozialstaat tat, und bleibt hinter den gewohnten Leistungsstandards zurück, während sich sein Kontrollanspruch und sein Disziplinierungsinstrumentarium erweitern. Damit ist der Wohlfahrtsstaat aber nur noch ein Schatten seiner selbst, denn die früheren Entwicklungsstufen waren dadurch gekennzeichnet, dass die Reichweite der Staatseingriffe und die Höhe der Transferleistungen eher den zur Verfügung stehenden materiellen Ressourcen entsprachen. „Aktivierend“ entlarvt sich als

⁵⁴ Adalbert Evers, Aktivierender Staat. Eine Agenda und ihre möglichen Bedeutungen, in: Erika Mezger/Klaus-W. West (Hrsg.), Aktivierender Sozialstaat und politisches Handeln, 2. Aufl. Marburg 2000, S. 14

⁵⁵ Carsten G. Ullrich, Die „Aktivierbarkeit“ wohlfahrtsstaatlicher Adressaten. Zu den Grenzen aktivierender Sozialpolitik, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Bd. 2, Opladen 2003, S. 947f.

⁵⁶ Michael Opielka, Sozialpolitik. Grundlagen und vergleichende Perspektiven, Reinbek bei Hamburg 2004, S. 86

⁵⁷ Dirk Hauer, Law and Order auf die sanfte Tour, a.a.O., S. 93

⁵⁸ Ebd., S. 94

Euphemismus, der „nicht alimentierend“ meint. Es handelt sich Christa Sonnenfeld zufolge um eine „geschönte Umschreibung“ für Repression, die den Arbeitszwang wieder salonfähig macht: „Dass der verbliebene Sozialstaat sich zunehmend autoritär gebärdet, verschwindet dabei hinter diesem Jargon.“⁵⁹

Der kommunitaristisch begründete Schlachtruf „Fördern und fordern!“ gerät – wenigstens in dieser Reihenfolge – zu einer rhetorischen Floskel, die nichts von dem hält, was ihre Benutzer leisten zu wollen vorgeben. Aus einem scheinbaren Versprechen wird in dem Moment eine Drohung, wo die (Lohn-)Arbeit „um jeden Preis“ zum Ziel staatlicher Sozialpolitik avanciert. „Unter den Fanfaren des ‚Förderns und Forderns‘ wird auf diese Weise die moralisierende Delegitimierung nicht-erwerbstätiger Lebensformen zum gesellschaftspolitischen Programm erhoben.“⁶⁰ Wer den Grundsatz des „Förderns und Forderns“ zum sozialpolitischen Mantra erhebt, verstärkt den Druck auf Bevölkerungsgruppen, die staatliche Unterstützung brauchen, sie aber in einem Klima des allgemeinen Misstrauens gegenüber Empfänger(inne)n von Transferleistungen immer weniger erhalten.

Das zentrale Glaubwürdigkeitsdefizit des „aktivierenden“ Staates besteht Hans-Jürgen Urban zufolge darin, dass er den Erwartungsdruck auf das Individuum erhöht und gleichzeitig dessen Chancen, ihm entsprechen zu können, verringert: „Er modifiziert die gesellschaftliche Erwartungshaltung sowie die institutionellen Anspruchsvoraussetzungen für die Empfänger wohlfahrtsstaatlicher Leistungen und belegt die Nichterfüllung der Erwartungen mit negativen Sanktionen; zugleich unterminiert er durch die Abkehr von einer marktkorrigierenden, umverteilenden und risikokompensierenden Politik die gesellschaftlichen Voraussetzungen, derer insbesondere die unvermögenden Individuen zur Erfüllung der Erwartungen bedürfen.“⁶¹

Hier liegt ein unauflösbarer Widerspruch: Die deutsche Marktgesellschaft wird immer reicher, der Umgang mit Armen und sozial Benachteiligten aber immer repressiver. Die sog. Randgruppen werden zum Teil gewaltsam aus dem öffentlichen Raum verdrängt,⁶² (Langzeit-)Arbeitslose eingeschüchtert und prekär Beschäftigte enorm unter Druck gesetzt. Claus Offe sieht in der meist kommunitaristisch begründeten Forderung, Gegenleistungen für gewährte Unterstützung zu erbringen, die „illiberale Kehrseite marktliberaler Ordnungsvorstellungen“ und hält die übliche Begründung der reziproken Pflichtzuweisung gegenüber Arbeitslosen für ausgesprochen paternalistisch: „Soll es sich wirklich um

⁵⁹ Christa Sonnenfeld, Erzwungene Angebote: Beschäftigungsförderung zu Niedriglöhnen, in: Brigitte Stolz-Willig (Hrsg.), Arbeit und Demokratie. Solidaritätspotenziale im flexibilisierten Kapitalismus, Hamburg 2001, S. 109

⁶⁰ Ebd.

⁶¹ Hans-Jürgen Urban, Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?, a.a.O., S. 471

⁶² Vgl. Titus Simon, Wem gehört der öffentliche Raum? – Zum Umgang mit Armen und Randgruppen in Deutschlands Städten, Opladen 2001

die Überführung bisher Hilfsbedürftiger in die Freiheit der Erwerbsgesellschaft handeln, dann müsste auch die negative Arbeitsmarktfreiheit, die Freiheit, sich am Arbeitsmarkt *nicht* zu beteiligen, gewahrt bleiben.“⁶³ Stephan Lessenich kritisiert die regulative Diskriminierung und normative Diskreditierung der Nichterwerbstätigkeit, woraus sich eine Glorifizierung und Verabsolutierung der (Lohn-)Arbeit „für alle“ ergebe. Erwerbsfähige müssen nach dieser Konzeption zur Aufnahme irgendeiner Arbeit gezwungen und im Weigerungsfalle bestraft werden. „Die *autoritative Gemeinwohlinterpretation* der modernen Sozialdemokratie mündet (...) in eine *autoritäre Gemeinwohlpraxis*.“⁶⁴ Man fragt sich als Beobachter der geschilderten Entwicklung, was für die Betroffenen wohl erträglicher ist – die soziale Kälte bzw. Indifferenz des Marktradikalismus oder der totale Kontrollanspruch dieser Variante eines „Dritten Weges“.

Ein weiterer gewichtiger Einwand gilt der Tatsache, dass für Hilfebedürftige, die „aktiviert“ und zur Stellensuche motiviert werden sollen, gar nicht genügend Arbeitsplätze zur Verfügung stehen. Karl Koch bezweifelt denn auch, dass die im Konzept vorgesehenen Aktivierungsbemühungen bei einer strukturell verfestigten Erwerbslosigkeit überhaupt einen Sinn haben: „Schließlich wird kein noch so konsequentes ‚Fordern und Fördern‘ die fehlenden Arbeitsplätze schaffen können. Der aktivierende Sozialstaat läuft daher aufgrund seines Ansatzes Gefahr, die soziale Integration, die er erreichen will, zu verfehlen und stattdessen die soziale Ausgrenzung zu verstärken.“⁶⁵ Wer die „Aktivierung“ der Betroffenen fordert, unterstellt ihnen eine Passivität, die durch Klagen deutscher Personalchefs über massenhafte Bewerbungen von für ausgeschriebene Stellen oft wenig geeigneten Arbeitslosen, die man erst mit großen Kosten aussortieren müsse, im Grunde widerlegt wird.

Dort setzt auch Frank Nullmeiers Kritik an, denn die neue Sozialpolitik der Aktivierung fördert seiner Meinung nach eine Akzentuierung des Gegensatzes von „produktiven“ und „unproduktiven“ Teilen der Bevölkerung durch die Regierung. Deren Orientierung auf den globalen Standortwettbewerb führe dazu, dass die eigene Bevölkerung und die sozialen Transferleistungen an die einzelnen Gruppen unter dem Gesichtspunkt der Kostenkonkurrenz betrachtet würden. Aktivierende und investive Sozialpolitik sei eine Politik, die Nutzenvorteile in diesem Konkurrenzkampf biete: „Sie verbessert das fachliche Qualifikationsniveau ebenso wie die allgemeinen sozialen und kommunikativen Kompetenzen, erhöht

⁶³ Claus Offe, Freiheit, Sicherheit, Effizienz. Spannungen zwischen Gerechtigkeitsnormen für Arbeitsmarkt und Wohlfahrtsstaat, in: Jutta Allmendinger (Hrsg.), Entstaatlichung und soziale Sicherheit. Verhandlungen des 31. Kongresses der Deutschen Gesellschaft für Soziologie in Leipzig 2002, Opladen 2003, S. 28 (Hervorh. im Original)

⁶⁴ Stephan Lessenich, Der Arme in der Aktivgesellschaft. Zum sozialen Sinn des „Förderns und Forderns“, in: WSI-Mitteilungen 4/2003, S. 218 (Hervorh. im Original)

⁶⁵ Karl Koch, Transformation des Sozialstaats, in: Walter Hanesch u.a., Öffentliche Armut im Wohlstand. Soziale Dienste unter Sparzwang, Hamburg 2004, S. 148

die Mobilitätsbereitschaft, fördert Gruppierungen, die ansonsten Sozialleistungsempfänger hätten werden können, und wirkt so kostensenkend.“⁶⁶

Man gibt zwar vor, die (Langzeit-)Arbeitslosen in deren ureigenem Interesse „aktivieren“ zu wollen, folgt dabei aber fast ausschließlich dem finanziellen Eigeninteresse, sie nicht mehr alimentieren zu müssen. Daher dominieren in der Praxis einer aktivierenden Arbeitsmarktpolitik auch nicht Versuche, die Betroffenen zu qualifizieren und dafür zu motivieren, sich fortbilden oder umschulen zu lassen, sondern repressive Praktiken, mit deren Hilfe sie möglichst schnell aus dem Leistungsbezug entfernt werden sollen. Seit den einschlägigen Gesetzesnovellierungen im Bereich der Arbeitsförderung sind die Ausgaben der BA für berufliche Weiterbildung nicht etwa (zwecks einer stärkeren „Aktivierung“ von mehr Personen) gestiegen, sondern umgekehrt drastisch gesunken. Wenn die Devise „Fördern und fordern!“ mehr als Lug und Trug sein soll, muss der Konditionalzwang gelockert und darauf vertraut werden, dass Menschen, denen die Politik akzeptable Möglichkeiten der Beschäftigung, beruflichen Qualifikation und Persönlichkeitsentwicklung bietet, diese zur nachhaltigen Sicherung ihrer Existenz nutzen.

6.3 Die soziale Gerechtigkeit – Grundwert oder Standortrisiko?

Für neoliberale Theoretiker wie Norbert Berthold stellt die soziale Gerechtigkeit, wenn man sie im Rahmen eines Wohlfahrtsstaates institutionalisiert und als Wert verabsolutiert, ein Standortrisiko dar: „Alles in allem gefährdet der Sozialstaat mit der verstärkten Produktion des Gutes ‚Gerechtigkeit‘ zunehmend seine eigene ökonomische Basis, weil er letztlich die Quellen des Wohlstandes zum Versiegen bringt.“⁶⁷ Je stärker sich Sozialdemokrat(inn)en auf die Standortlogik kaprizierten und Argumentationsmuster ihrer liberalkonservativen Gegner adaptierten, umso mehr imitierten sie bloß noch deren Kritik am modernen Wohlfahrtsstaat, wenngleich sie im Einzelfall überzeugt sein mochten, eine abweichende Position diesen gegenüber zu beziehen.

Die „neuen“ Sozialdemokraten sind keine Fundamentalkritiker des Sozialstaates, halten jedoch seine Strukturen für kontraproduktiv. Jürgen Kocka verbindet das Lob für die Erfolge der Vergangenheit mit einer negativen Einschätzung der Zukunftsaussichten: „Der Sozialstaat ist nicht gescheitert, ganz im Gegenteil. Aber er ist unter heutigen Bedingungen an seine Grenzen geraten. Er bringt seit langem Wirkungen hervor, die niemand intendiert, er wird zum Teil der Probleme, statt sie zu lösen.“⁶⁸ Fast

⁶⁶ Frank Nullmeier, Spannungs- und Konfliktlinien im Sozialstaat, in: Siegfried Frech/Josef Schmid (Hrsg.), Der Sozialstaat. Reform, Umbau, Abbau?, Schwalbach im Taunus 2004, S. 55

⁶⁷ Norbert Berthold, Sozialstaat und marktwirtschaftliche Ordnung – Ökonomische Theorie des Sozialstaates, in: Karl-Hans Hartwig (Hrsg.), Alternativen der sozialen Sicherung – Umbau des Sozialstaates, Baden-Baden/Hamburg 1997, S. 28

⁶⁸ Jürgen Kocka, Linke Prinzipien nach dem Sozialismus, a.a.O., S. 50

klings es, als müsse der Wohlfahrtsstaat gegen die Wirkungen seines Handelns in Schutz genommen werden. Kocka möchte „mehr Solidarität bei weniger Staat“ bewerkstelligen, was durch die Förderung der „Bürger-“ bzw. „Zivilgesellschaft“ geschehen soll.

In der „zivilen Bürgergesellschaft“, die Gerhard Schröder anstrebt, steht der Gerechtigkeitsgedanke zwar im Vordergrund. Er bezieht sich jedoch nicht mehr auf *Verteilungsgerechtigkeit*, die Schröder als mittlerweile von der gesellschaftlichen Entwicklung überholt gilt: „Gerade weil (...) die Herstellung und Bewahrung sozialer Gerechtigkeit in einem umfassenden Sinne oberstes Ziel sozialdemokratischer Politik ist und bleibt, können wir uns nicht mehr auf Verteilungsgerechtigkeit beschränken. Dies geht schon deshalb nicht, weil eine Ausweitung der Sozialhaushalte nicht zu erwarten und übrigens auch nicht erstrebenswert ist. Für die soziale Gerechtigkeit in der Wissens- und Informationsgesellschaft ist vor allem die Herstellung von Chancengerechtigkeit entscheidend.“⁶⁹

Zu fragen wäre freilich, weshalb ausgerechnet zu einer Zeit, wo das Geld in allen Lebensbereichen wichtiger als früher, aber auch ungleicher denn je auf die einzelnen Klassen, Bevölkerungsschichten und Menschen verteilt ist, sein Gewicht für deren Teilhabe am gesellschaftlichen, kulturellen und politischen Leben gesunken sein soll. Dass die Berufung auf das Prinzip der Verteilungsgerechtigkeit heute (selbst in sozialdemokratischen Kreisen und Programmdiskussionen) ziemlich unpopulär ist, führt Klaus-Bernhard Roy darauf zurück, dass sich damit die „Hinterfragung von marktvermittelter Ungleichheit“ verbindet.⁷⁰ Irene Becker wiederum hebt hervor, dass die Gleichheit der Startchancen ohne weitgehende Bedarfsgerechtigkeit nicht realisierbar ist.⁷¹

Harald Schartau, damaliger Vorsitzender der nordrhein-westfälischen SPD und Landesminister für Wirtschaft und Arbeit, äußerte die Meinung, dass Umverteilungspolitik im Zeichen der Globalisierung, wo die unterschiedlichen Wirtschaftsstandorte miteinander konkurrieren, weder zu Vollbeschäftigung noch zu sozialer Gerechtigkeit führe: „Notwendig ist eine Neuinterpretation von sozialer Gerechtigkeit für die heutige Zeit, um marktwirtschaftliche Effizienz und soziale Gerechtigkeit besser in Einklang bringen zu können. Dabei helfen uns nicht die alten Ideologien.“⁷² Schartaus Kabinettkollege und damaliger nordrhein-westfälischer Ministerpräsident Peer Steinbrück nahm eine völlige Deformation des Gerechtigkeitsbegriffs vor und brach im Grunde mit dem Sozialstaatspostulat des Grundgesetzes, als er die soziale Gerechtigkeit auf die Sorge des Staates um

⁶⁹ Gerhard Schröder, Die zivile Bürgergesellschaft. Anregungen zu einer Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, in: NG/FH 4/2000, S. 203

⁷⁰ Siehe Klaus-Bernhard Roy, Verteilungsgerechtigkeit, in: Politische Bildung 2/2001, S. 9

⁷¹ Vgl. Irene Becker, Soziale Gerechtigkeit und Privatisierung von Sicherheitssystemen, in: WSI-Mitteilungen 9/2004, S. 475

⁷² Harald Schartau, Pragmatisch denken. Über die Grundlagen einer sozialdemokratischen Wachstumsstrategie, in: FR v. 29.8.2003

die Leistungsträger verkürzte: „Soziale Gerechtigkeit muss künftig heißen, eine Politik für jene zu machen, die etwas für die Zukunft unseres Landes tun: die lernen und sich qualifizieren, die arbeiten, die Kinder bekommen und erziehen, die etwas unternehmen und Arbeitsplätze schaffen, kurzum, die Leistung für sich und unsere Gesellschaft erbringen. Um die – und nur um sie – muss sich Politik kümmern.“⁷³

Der gültige sozialdemokratische Gerechtigkeitsbegriff müsse nicht über Bord geworfen, allerdings „realistisch geläutert“ werden, konstatierte demgegenüber Thomas Meyer: „Gerechtigkeit ist nicht Gleichheit, sondern die Schaffung fairer Chancen für die Freiheit aller.“⁷⁴ Somit könne zwar die Einkommensgleichheit kein Primärziel sozialdemokratischer Politik sein, wohl aber die Besteuerung leistungsloser und unproduktiver Einkommen. Das biblische Motto „Wer nicht arbeitet, soll auch nicht essen!“ wird allerdings nie auf Kapitaleigentümer und begüterte Müßiggänger, vielmehr immer stärker auf Arbeitslose und Bezieher/innen von Sozialtransfers bezogen. „Umverteilung zur Herstellung von Gleichheit ist inzwischen so gut wie tabuisiert.“⁷⁵

Der sozialdemokratische Politikwissenschaftler Wolfgang Merkel möchte den philosophischen Diskurs über die soziale Gerechtigkeit stärker mit der politischen Debatte verbinden. Merkel nennt zwei Gründe dafür, dass der Begriff „soziale Gerechtigkeit“ seit Mitte der 1990er-Jahre wieder zu einem Topos des politischen Denkens und zum Bestandteil der Agenden sozialdemokratischer Regierungen geworden sei: „Zum einen hat sich die Kluft zwischen Arm und Reich in den beiden vergangenen Dekaden auch in den entwickelten Industriestaaten vertieft. Zum anderen steht der Sozialstaat des kontinentalen Europas in den nächsten Jahrzehnten unter dem Druck von Globalisierung, Individualisierung und Demographie vor bedeutenden Umstrukturierungen.“⁷⁶ Deutschland erscheint Merkel als Prototyp des „unsozialen“ Sozialstaates, schreibt er doch, auf die Bundesrepublik bezogen: „Ein Sozialstaat, der über Grundeinkommen, großzügige (!?) Sozialhilfen, locker definierte Zumutbarkeitskriterien die Nichtaufnahme von Erwerbsarbeit ermöglicht oder dazu anreizt und gleichzeitig durch vermeintlich soziale Regulierungen den Arbeitsmarkt gegenüber den *Outsiders* abriegelt, ist aus dieser Perspektive sozial ungerecht.“⁷⁷

⁷³ Peer Steinbrück, Etwas mehr Dynamik bitte. Soziale Gerechtigkeit heißt heute: Der Staat muss mehr Geld in Bildung und Familien investieren. Für Gesundheit, Alter und Pflege hingegen werden die Bürger stärker selbst vorsorgen müssen, in: Die Zeit v. 13.11.2003

⁷⁴ Thomas Meyer, Soziale Demokratie statt demokratischer Sozialismus. Alte SPD und neue Realität: Ketzereien eines bekennenden Sozialdemokraten, in: FR v. 19.8.2003

⁷⁵ Stephan Hebel, Reform-Sprech. Wie sich der Neoliberalismus seine Begriffe sichert, in: Ulrich Müller/Sven Giegold/Malte Arhelger (Hrsg.), Gesteuerte Demokratie? – Wie neoliberale Eliten Politik und Öffentlichkeit beeinflussen, Hamburg 2004, S. 100

⁷⁶ Wolfgang Merkel, Soziale Gerechtigkeit und die drei Welten des Wohlfahrtskapitalismus, in: Berliner Journal für Soziologie 2/2001, S. 135

Bei der Legitimation ihrer Forderung nach grundlegenden Reformen und einem Um- bzw. Abbau des Sozialstaates stützten sich die sozialdemokratischen „Modernisierer“ überwiegend auf die fast schon „klassisch“ zu nennende Gerechtigkeitstheorie des US-amerikanischen Sozialphilosophen John Rawls. Rawls umreißt seine Konzeption in zwei Kernthesen – dem *Gleichheitsgrundsatz*, wonach jedermann gleiches Recht auf das umfangreichste, für alle mögliche Gesamtsystem gleicher Grundfreiheiten hat, einerseits und dem *Differenzprinzip* andererseits: Soziale und ökonomische Ungleichheiten müssen demnach nicht nur „den am wenigsten Begünstigten den größtmöglichen Vorteil“ verschaffen, sondern auch „mit Ämtern und Positionen verbunden sein, die allen gemäß fairer Chancengleichheit“ offen stehen.⁷⁸

Typisch für die Rawls'sche Gerechtigkeitstheorie ist das folgende Postulat: „Alle sozialen Werte – Freiheit, Chancen, Einkommen, Vermögen und die sozialen Grundlagen der Selbstachtung – sind gleichmäßig zu verteilen, soweit nicht eine ungleiche Verteilung jedermann zum Vorteil gereicht.“⁷⁹ Dass die soziale Ungleichheit in einer Gesellschaft zunimmt, ist für Rawls dann, allerdings auch nur dann gerechtfertigt, wenn deren Mitglieder davon ausnahmslos im Hinblick auf ihre persönliche Lage profitieren: „Falls bestimmte Ungleichheiten des Reichtums und der Macht jeden besser stellen als in dem angenommenen Ausgangszustand, stimmen sie mit der allgemeinen Gerechtigkeitsvorstellung überein.“⁸⁰

Ungleichheiten rechtfertigen sich Rawls zufolge durch Vorteile für die Benachteiligten. Rawls' sog. Maximin-Regel ist deshalb wirklichkeitsfremd, weil sich kein Entscheidungsträger im Kapitalismus auf den Standpunkt der in diesem Gesellschaftssystem schwächsten Mitglieder stellt und sich fragt, wie deren Situation am ehesten verbessert werden kann. Zweifelhaft ist zudem, ob kleine Fortschritte für Unterprivilegierte die wachsende Kluft zwischen Arm und Reich tatsächlich aufwiegen, zumal sie oft kaum ins Gewicht fallen. Um es an einem Beispiel aus der sozialdemokratischen Regierungspraxis zu verdeutlichen: Aufgrund der Wirtschafts- und Sozialpolitik von New Labour hat zwar die absolute Armut in Großbritannien seit Tony Blairs Amtsantritt 1997 ab-, die gesellschaftliche Ungleichheit jedoch zugenommen.⁸¹ Anders gesagt: Die weniger Armen bewegen sich seither in einem Umfeld noch größeren Reichtums, was ihre Probleme eher verstärkt, weil sich z.B. der Konsumdruck – vor allem für Kinder und Jugendliche – verschärft und es für sie schwieriger wird, bei Statussymbolen mitzuhalten.

⁷⁷ Ebd., S. 142 (Hervorh. im Original)

⁷⁸ Siehe John Rawls, *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, 8. Aufl. Frankfurt am Main 1994, S. 336

⁷⁹ Ebd., S. 83

⁸⁰ Ebd., S. 84

⁸¹ Vgl. Oliver Nachtwey, Blair paradox, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 4/2005, S. 397

Die soziale Gerechtigkeit als „Fairness“ zu definieren, wie dies Rawls tut,⁸² bedeutet im Grunde, sie auf ein formales Verfahrensprinzip zu reduzieren und inhaltlich, d.h. hinsichtlich ihres materiellen Gehalts und der gesellschaftspolitischen Konsequenzen, zu kastrieren. Auf der Suche nach durchweg akzeptierten und allgemein verbindlichen Gerechtigkeitsprinzipien löst Rawls die Letzteren von den real existierenden Interessen(gegensätzen), indem er die Individuen gedanklich in einen imaginären Urzustand geradezu paradiesischer Gleichheit versetzt, wo sie noch nicht wissen, welche Position in der Gesellschaft sie anschließend einnehmen werden. In seinem allzu kühnen Gedankenexperiment verbirgt sich hinter dem „Schleier der Unwissenheit“ eine reale Welt voller Interessengegensätze, die eine fundierte und sachorientierte Theorie der Gerechtigkeit berücksichtigen muss. Erstens hält Klaus-Bernhard Roy das „scheinbar neutrale Modell einer dann möglichen rationalen Entscheidungsfindung als Grundlage von Gerechtigkeitskonzeptionen“ für ausgesprochen trügerisch: „Und zweitens verstellt die Ausblendung ungleicher Lebenslagen, Marktzugangschancen und ökonomischer wie politischer Machtdiskrepanzen den Blick auf die De-facto-Verteilung von sozialen, ökonomischen und politischen Entwicklungschancen in einer Gesellschaft.“⁸³

Die sozialliberale Gerechtigkeitstheorie eines John Rawls wird jedoch pervertiert, wenn man sie für marktradikale Positionen instrumentalisiert. Obwohl er kein Neoliberaler war, rekurren Neoliberale auf das Differenzprinzip, um ihren Gerechtigkeitsbegriff zu formulieren: „Ungleichheit wird zur zentralen Triebkraft der ökonomischen Wachstumsdynamik erklärt, die Ergebnisse des Wachstums sollen allen zugute kommen.“⁸⁴ Urs Müller-Plantenberg weist darauf hin, dass Rawls mit seinem Differenzprinzip ursprünglich auf die „Begrenzung der Erlaubnis von Ungleichheiten“ abzielte, im Laufe der Zeit aber ein Bedeutungswandel eingetreten sei: „In einer Welt, in der inzwischen die neue Sozialdemokratie ohne Rücksicht auf die Aussichten der Ärmsten aller Welt zuruft: ‚Bereichert euch!‘, in einer solchen Welt erscheint Rawls zunehmend als extremer Egalitarist.“⁸⁵

Wolfgang Merkel ist sich durchaus der Paradoxie bewusst, die darin besteht, dass er mit Rawls der modernen Sozialdemokratie ausgerechnet einen Liberalen als „neuen Cheftheoretiker“ für eine Generalrevision ihres Gerechtigkeitsverständnisses empfiehlt.⁸⁶ Merkel legt eine Prioritätenliste der Gerechtigkeitsziele fest, die eine moderne Sozialdemokratie seiner Ansicht nach verfolgen muss. An erster Stelle rangiert die Verhinderung von Armut; ihr nachgeordnet sind: ein höchstmöglicher

⁸² Vgl. John Rawls, *Gerechtigkeit als Fairneß*. Ein Neuentwurf, Frankfurt am Main 2003

⁸³ Klaus-Bernhard Roy, *Verteilungsgerechtigkeit*, a.a.O., S. 12

⁸⁴ Horst Peter/Reinhold Rünker, *Gerechtigkeit*. Einleitung zum Schwerpunkt, in: spw – Zeitschrift für Sozialistische Politik und Wirtschaft 133 (2003), S. 12

⁸⁵ Urs Müller-Plantenberg, *Rawls weltweit*, in: PROKLA 121 (2000), S. 614

⁸⁶ Vgl. Wolfgang Merkel, *Die Sozialdemokratie vor den Herausforderungen des 21. Jahrhunderts: politische Handlungsräume und soziale Gerechtigkeit*, in: Wolfgang Schroeder (Hrsg.), *Neue Balance zwischen Markt und Staat?*, a.a.O., S. 84

Ausbildungsstandard, der auch auf Kosten einer zusätzlichen öffentlichen Verschuldung oder von Umschichtungen im Sozialetat gehen darf; eine hohe Arbeitsmarktinklusion, für die eine Absenkung bzw. Reorganisation „hinderlicher“ Sicherheitsstandards in Kauf genommen wird; die Garantie sozialer Sicherheitsstandards, verbunden mit einer Verschärfung der Pflicht zur (Wieder-)Aufnahme von Arbeit; schließlich die Verringerung der bestehenden Einkommens- und Vermögensspreizung.⁸⁷

Gerecht ist für Nina Hauer alles, was Arbeit schafft: „Ziel und Aufgabe sozialdemokratischer Politik müssen sein, für die größte Zahl von Menschen die größte Zahl von Chancen zu eröffnen, damit sie in die Lage versetzt werden, ihr Einkommen und ihr Vermögen aus eigener Kraft zu erwirtschaften. Nicht die Höhe von Transferleistungen ist hierfür entscheidend, sondern das, was ein sozialer Staat leisten kann, um Chancengerechtigkeit herzustellen.“⁸⁸ Auch hier gibt es inhaltliche Berührungspunkte zum Neoliberalismus (wie übrigens auch zum Nationalsozialismus, was der stellvertretende SPD-Fraktionsvorsitzende zwar erkannte, aber später dementieren musste) und zum Deutschnationalismus, dessen Hauptprotagonist Alfred Hugenberg im Februar 1933 Zeitungsanzeigen mit der Behauptung „Sozial ist, wer Arbeit schafft“ schalten ließ, was die damalige Parlamentarische Geschäftsführerin der SPD-Bundestagsfraktion ebenso wenig zu stören schien wie den nordrhein-westfälischen CDU-Vorsitzenden Jürgen Rüttgers, der seine Wahlkampagne als Spitzenkandidat seiner Partei im Frühjahr 2005 unter dasselbe Motto stellte. „Für den Liberalismus“, schrieb Wolfgang Kersting bereits am 17. August 1998 in der FAZ, „ist die effektivste Sozialpolitik die Schaffung von Arbeitsplätzen.“⁸⁹ Gar nicht mehr gestellt wird dabei die Frage nach dem Sinngehalt von Lohnarbeit, den Arbeitsbedingungen und der Entlohnung, vom Anspruch der zu Stellenbewerber/innen auf Berufs- und Qualifikationsschutz ganz zu schweigen.

Rolf G. Heinze bezieht Gerechtigkeit im kommunitaristischen Sinne auf das Gemeinwohl und betont: „Gerecht ist vor allem, was die Funktionsweise des gesamten Sicherungssystems gewährleistet und die wirtschaftlichen Chancen erweitert.“⁹⁰ Umverteilung sei kein Maßstab, sondern höchstens ein Resultat von Sozialpolitik. Heinze hält einzelne Leistungskürzungen für gerechtfertigt und auch gerecht, sofern sie „übergeordneten Zielen“ dienen. Hatten die Sozialdemokraten früher darüber nachgedacht, wie sie soziale Ungleichheiten um der Gerechtigkeit willen beseitigen könnten, reflektierten ihre Hauptrepräsentanten und führende Parteitheoretiker wie Jürgen Kocka, Wolfgang Merkel oder Thomas Meyer jetzt, welche Ungleichheiten gerechtfertigt seien. Während man zum Teil in sehr

⁸⁷ Siehe ebd., S. 86

⁸⁸ Nina Hauer, Gerecht ist, was Arbeit schafft, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.), Die neue SPD, a.a.O., S. 198

⁸⁹ Wolfgang Kersting, Der Glaube an die Allmacht Geld. Unser Wohlfahrtsstaat ist von der Voraussetzung der Marktwirtschaft zu deren Albtraum geworden, in: FAZ v. 17.8.1998

⁹⁰ Rolf G. Heinze, Vom statuskonservierenden zum sozialinvestiven Sozialstaat, a.a.O., S. 268

allgemeiner und abstrakter Form über „gerechtfertigte Ungleichheiten“ räsionierte, mehrten und verfestigten sich im Regierungsalltag die ungerechtfertigten.

Die sozialdemokratische Gerechtigkeitsdebatte kreiste um die Frage, wie man Verteilungsgerechtigkeit entweder von Bedarfs- auf Leistungsgerechtigkeit zurechtstutzen oder im Zeichen der Globalisierung für obsolet oder jedenfalls nachrangig erklären und einen neuen Gerechtigkeitstyp kreieren kann, als dessen Ausdruck dann die rot-grüne Regierungspraxis erschien. Wolfgang Streeck definierte Sozialpolitik als „Beitrag zur Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit des Stand- und Wohnorts im Kampf um Absatzmärkte, Investitionen und Arbeitsplätze“, sprach im selben Atemzug von einer – mehr als paradox anmutenden – „Wettbewerbssolidarität“ und ordnete damit selbst die soziale Gerechtigkeit der Konkurrenz unter.⁹¹

Als ob die Entrichtung von Sozialversicherungsbeiträgen keine Selbstvorsorge der Arbeitnehmer/innen wäre, verlangte Matthias Machnig, früher Bundesgeschäftsführer der SPD, nicht nur eine „Kultur der Eigenverantwortung“, sondern forderte auch, dass die „neue Gerechtigkeitspolitik“ den „Prinzipien der Nachhaltigkeit und des intergenerativen Ausgleichs“ gehorchen müsse, weil die heutige Generation einschließlich der Alten zu sehr auf Kosten der nächsten und übernächsten Generation lebe: „Die bislang praktizierte Indifferenz gegenüber den nachwachsenden Generationen drückt sich vor allem in der immer weiter wachsenden öffentlichen Verschuldung aus, die für unsere Kinder und Kindeskinde eine kaum zu ertragende Hypothek darstellt.“⁹²

Damit tat Machnig so, als hätten *künftige Generationen* hohe Schuldenberge abzutragen. Tatsächlich lastet der Schuldendienst aber nur auf *einem Teil* der Heranwachsenden; *ein anderer* erhält viel mehr Zinsen aus (geerbten) Schuldverschreibungen des Staates, als er selbst an Steuern zahlt, und profitiert sogar von Budgetdefiziten, die heute entstehen. Norbert Reuter weist überzeugend nach, dass aus der Staatsverschuldung sowohl Forderungen wie Verbindlichkeiten resultieren und *beide* Größen an die nächste Generation „vererbt“ werden. Blicke man getrennt auf die gegenwärtige oder auf die folgende Generation, liege „immer ein gesamtwirtschaftliches Nullsummenspiel vor. Mit einem Verweis auf kollektive finanzielle Belastungen künftiger Generationen lässt sich der gegenwärtige Abbau der Staatsverschuldung somit nicht begründen.“⁹³

⁹¹ Siehe Wolfgang Streeck, Wohlfahrtsstaat und Markt als moralische Einrichtungen. Ein Kommentar, in: Karl Ulrich Mayer (Hrsg.), *Die beste aller Welten? – Marktliberalismus versus Wohlfahrtsstaat. Eine Kontroverse*, Frankfurt am Main/New York 2001, S. 159

⁹² Matthias Machnig, Essay: Fassbrause für alle! – Soziale Gerechtigkeit neu definieren, in: *Die Welt* v. 12.8.2003

Gerhard Schröder bekannte sich gleichfalls zum Prinzip der Nachhaltigkeit, das er als Wesenselement seines Gerechtigkeitsbegriffs betrachtete: „Bloße Umverteilung wirtschaftlicher Güter und Gelder ist nicht per se ‚gerecht‘. Gerechtigkeit muss auch zwischen den Generationen geschaffen werden – weshalb zum Beispiel eine Politik der ausufernden Staatsverschuldung eine grobe Ungerechtigkeit gegen unsere Kinder und Enkel ist.“⁹⁴ Durch solche Parolen wie „Nachhaltigkeit im finanzpolitischen Bereich“ und „Generationengerechtigkeit“ rechtfertigte man eine Politik der Haushaltskonsolidierung, die paradoxerweise gerade für Kinder und Jugendliche negative Folgen zeitigte, weil hauptsächlich den sie betreffenden Bereichen wie Schule und Hochschule nicht mehr die benötigten Mittel zuflossen. Gerd Mielke hält die These, man könne die staatliche Orientierung auf *Verteilungsgerechtigkeit* durch neue Zielmarken wie Chancengleichheit, *Generationengerechtigkeit* oder Erwerb von Sozialkapital ersetzen, ohne dabei an Qualität einzubüßen, für eine politische Milchmädchenrechnung: „Verteilungsgerechtigkeit und Chancengleichheit sind – das zeigt etwa die Soziologie der Bildungsabschlüsse – zwei Seiten derselben Medaille.“⁹⁵

Bei der *Begriffserweiterung*, die führende Sozialdemokrat(inn)en forderten, handelte es sich um eine *inhaltliche* Verkürzung des Gerechtigkeitsbegriffs. Die selbst in den Armut- und Reichtumsberichten der rot-grünen Bundesregierung dokumentierte Schieflage der Einkommens- und Vermögensverteilung wurde damit akzeptiert. Sie sollte nur noch korrigiert werden, indem sozial Benachteiligte (bessere) Chancen erhielten, künftig gleichfalls ein (Arbeits-)Einkommen zu erzielen und im Ausnahmefall sogar ein kleines Vermögen zu bilden, was am Grundproblem des Auseinanderklaffens von Arm und Reich freilich wenig ändern würde.

Nichts spricht dagegen, Verteilungs- durch Teilhabegerechtigkeit zu *ergänzen*, die Zielsetzung der sozialdemokratischen „Modernisierer“ wird aber erkennbarer, wenn Jürgen Kocka hervorhebt, dass Letztere die Erstere *ersetzen* müsse: „Mehr Teilhabegerechtigkeit ist derzeit nur durch einen Verzicht auf mehr Verteilungsgerechtigkeit zu haben.“⁹⁶ So sinnvoll die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs in Richtung von „Teilhabe-“ oder „Beteiligungsgerechtigkeit“ sein mag, so wenig darf sie vergessen machen, dass dieser durch soziale Ungleichheit der Boden entzogen wird. Ohne soziale Emanzipation gibt es keine umfassende politische Partizipation und ohne ein größeres Maß an Verteilungs- überhaupt keine Beteiligungsgerechtigkeit. Horst Heimann betont deshalb zu Recht, dass soziale

⁹³ Norbert Reuter, Generationengerechtigkeit als Richtschnur der Wirtschaftspolitik?, in: Christoph Butterwegge/Michael Klundt (Hrsg.), Kinderarmut und Generationengerechtigkeit, a.a.O., S. 85

⁹⁴ Gerhard Schröder, Das Ziel der sozialen Gerechtigkeit und die Herausforderungen moderner Demokratie, in: Konrad Deufel/Manfred Wolf (Hrsg.), Ende der Solidarität? – Die Zukunft des Sozialstaats, Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2003, S. 26

⁹⁵ Gerd Mielke, Sozialdemokratie und Bürgergesellschaft. Anmerkungen zu einer komplizierten Beziehung, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 6/2001, S. 705

⁹⁶ Jürgen Kocka, Sozialdemokratische Grundwerte heute, in: Friedrich-Ebert-Stiftung, Politische Akademie (Hrsg.), Die neue SPD, a.a.O., S. 62

Gleichheit und Gerechtigkeit nicht voneinander zu trennen sind, sondern einander gerade bedingen: „Der Grundwert der sozialen Gerechtigkeit ist (...) ohne den Begriff Gleichheit nicht inhaltlich zu füllen. Ein Zuviel an Ungleichheit ist ein Widerspruch zur sozialen Gerechtigkeit. Wer aber von Ungleichheit nicht reden will, der sollte auch von Gerechtigkeit schweigen.“⁹⁷

Seit einiger Zeit reklamiert die SPD das Ziel der „Zukunftsgerechtigkeit“ für sich und suggeriert damit, einer ihrer Grundwerte sei von der Gegenwart abkoppelbar. Wer heute durch eine fragwürdige Politik und Regierungspraxis die soziale Ungleichheit erhöht, verwirklicht aber erst recht keine Gerechtigkeit in der Zukunft, weil sich Probleme wie Armut, Not und Unterversorgung auf der einen bzw. Reichtum, Luxus und Verschwendung auf der anderen Seite eher kumulieren.

Das liberale Prinzip der *Leistungsgerechtigkeit* erodiert; zugleich wird das ihm komplementäre, der sozialistischen Tradition entstammende Prinzip der *Bedarfsgerechtigkeit* durch einen neoliberalen Umbau des Sozialstaates suspendiert.⁹⁸ Gleichzeitig akzentuierte man auch innerhalb der deutschen Sozialdemokratie – dem neoliberalen Zeitgeist folgend – immer stärker die Freiheit. So konstatierte Gerhard Schröder in einem Essay zum 140. Jahrestag der Gründung seiner Partei: „Unser oberstes Leitbild ist die Freiheit der Menschen, ihr Recht auf ein Leben in Würde, Selbstbestimmung und freier Entfaltung ihrer Fähigkeiten in einem solidarischen Gemeinwesen.“⁹⁹ In seiner als „Agenda 2010“ bekannt gewordenen Regierungserklärung vom 14. März 2003 sprach Schröder nicht weniger als 18 Mal von „(Eigen-)Verantwortung“, in seiner Rede auf dem Berliner Sonderparteitag der SPD am 1. Juni 2003 sogar 19 Mal von „(Wahl-)Freiheit“. Jürgen Kocka forderte in einem „Das Wichtigste ist die Freiheit“ überschriebenen *Vorwärts*-Interview die Verringerung der Staatstätigkeiten. Es gehe um mehr Möglichkeiten der Selbstverwirklichung und Teilhabe: „Staatliche Fürsorge ist nicht mehr so nötig und nicht so wünschenswert wie früher.“¹⁰⁰ Man fragt sich allerdings, wo der WZB-Präsident eigentlich lebt, sind in der Bundesrepublik doch immer mehr Menschen auf Transferleistungen angewiesen, um ihre Existenz und die ihrer Familie sichern zu können. Wie aber soll eine alleinerziehende Mutter, die nicht weiß, wie sie das Geld für eine Klassenfahrt ihres Kindes aufbringen kann, ohne das Sozialamt zu bemühen, sich selbst verwirklichen und am gesellschaftlichen bzw. politischen Leben teilhaben?

⁹⁷ Horst Heimann, Mehr Ungleichheit wagen? – Zum anhaltenden Boom der Egalitarismuskritik, in: *Blätter für deutsche und internationale Politik* 6/2001, S. 715

⁹⁸ Vgl. Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit. Zur Neuinterpretation der sozialen Frage im globalen Kapitalismus, in: *PROKLA* 121 (2000), S. 504ff.

⁹⁹ Gerhard Schröder, Der Essay: Das Gestalten der Zukunft braucht den Mut zur Veränderung, in: *NG/FH* 5/2003, S. 7

¹⁰⁰ Jürgen Kocka, „Das Wichtigste ist die Freiheit“. Ein Gespräch über die Grenzen des Sozialstaats und das Spannungsverhältnis zwischen Freiheit und Gleichheit, in: *Vorwärts* 7-8/2003, S. 9

Wie man sieht, kann sich die Sozialdemokratie der neoliberalen Hegemonie schwer entziehen. Diese stellt das Gefüge ihrer Grundwerte auf eine harte Bewährungsprobe: Gefragt sind Leistungsbereitschaft und Konkurrenzfähigkeit, während soziale Gleichheit und Solidarität als überholt gelten. Die drei genannten Grundwerte stehen zwar nicht in einem Spannungsverhältnis, sondern ergänzen einander sinnvoll, lassen sich aber unterschiedlich interpretieren: Impliziert der Grundwert „Freiheit“ die Möglichkeit aller Marktteilnehmer/innen, ihre auf mehr persönlichen Wohlstand gerichteten Ziele ohne Rücksicht auf das Gemeinwohl zu vertreten? Ist unter dem Grundwert „Gerechtigkeit“ zu verstehen, dass jede/r nach seiner/ihrer „Leistung“, d.h. dem individuell wahrscheinlich schwer messbaren Anteil am wirtschaftlichen Erfolg, entlohnt werden soll, oder aber, dass jede/r nach seinem/ihrer Bedarf am gesellschaftlichen Reichtum beteiligt werden soll? Bedeutet der Grundwert „Solidarität“ nur, dass niemand wirklich Not leiden und verhungern darf, solange andere im Überfluss leben, oder schließt er auch Umverteilung zwischen den Gesellschaftsmitgliedern ein?

Während die Kapitaleigentümer aufgrund ihrer starken Markt- und Machtposition ohnehin über ein enormes, im Zeichen der Globalisierung weiter steigendes Maß an Handlungsfreiheit verfügen, ist der Wohlfahrtsstaat herkömmlicher Art gleichbedeutend mit einem individuellen Freiheitsgewinn. „Je stärker ein Sozialstaat den wirtschaftlichen Austausch reguliert, je mehr sozialrechtliche Gesetze er erlässt und je intensiver er die Einkommen umverteilt, desto eher ist es sozial und wirtschaftlich benachteiligten Personen möglich, frei von der notdürftigen Unterstützung anderer Privatpersonen und der ständigen Angst vor dem sozialen Abstieg das eigene Leben bis zu einem gewissen Ausmaß selbstbestimmt gestalten zu können.“¹⁰¹ Umgekehrt wird die Freiheit durch soziale Ungerechtigkeit bzw. ungleichmäßige Verteilung von materiellen Ressourcen beschränkt. „Je größer die Unterschiede bei Einkommen und Vermögen sind, umso größer ist die Zahl derjenigen, deren soziale Lage sie nicht zu einem freien und selbstbestimmten Leben befähigt.“¹⁰²

In einer wohlfahrtsstaatlichen Demokratie ist Freiheit immer die Möglichkeit der Schwächsten, über ihr Leben selbst zu bestimmen, statt z.B. – unabhängig von der beruflichen Qualifikation wie der familiären Situation – jeden Arbeitsplatz annehmen zu müssen, aber gerade nicht die Möglichkeit von Begüterten und Spitzenverdienern, sich den allgemeinen Verpflichtungen zu entziehen. Wahlfreiheit kann nicht heißen, dass sich junge, gut verdienende und gesunde Arbeitnehmer/innen durch die Option für preiswerte Spezialtarife ihrer Krankenkasse aus der sozialen Verantwortung stellen. Vielmehr muss Wahlfreiheit darin bestehen, dass sich Alleinerziehende für Teilzeitarbeit entscheiden können,

¹⁰¹ Andreas Wimmel, Sind sozialpolitische Interventionen aus liberaler Perspektive wertvoll? – Thesen zum Spannungsverhältnis von persönlicher Freiheit und sozialer Sicherheit in modernen Wohlfahrtsstaaten, in: Zeitschrift für Politik 1/2003, S. 69

¹⁰² Oskar Lafontaine, Politik für alle. Streitschrift für eine gerechte Gesellschaft, Berlin 2005, S. 260

ohne dadurch noch Jahrzehnte später gravierende Nachteile bei der Bemessung ihrer Altersrente zu haben.

6.4 Rot-grüne Regierungspraxis und sozialdemokratische Prinzipien im Widerstreit

Gotthard Breit weist darauf hin, dass viele Menschen unter sozialer Gerechtigkeit ein hohes Maß an sozialer Gleichheit verstehen, und zieht daraus den Schluss: „Um die Akzeptanz der Regierungspolitik in der Bevölkerung herzustellen, muss ‚soziale Ungleichheit‘ ihre negative Bewertung verlieren. Daher gibt es Bemühungen, einer neuen Bewertung von sozialer Ungleichheit den Weg zu ebnen und sie so mehrheitsfähig zu machen.“¹⁰³ Seit die Debatte zum „Umbau“ des Sozialstaates, bezogen auf die Konzepte der Hartz- wie der Rürup-Kommission und Gerhard Schröders *Agenda 2010*, während des Jahres 2003 in eine Grundsatzdiskussion über die programmatischen Ziele und die Zukunft der SPD übergang, standen die sozialdemokratische Parteitradition, die (Interpretation der) Grundwerte und der Schlüsselbegriff „Demokratischer Sozialismus“ zur Disposition. Führende Sozialdemokraten gaben nunmehr immer deutlicher zu erkennen, dass sie im Rahmen der Auseinandersetzungen über ein neues Grundsatzprogramm, welches ursprünglich im Herbst 2005 (1 Jahr vor der regulären Bundestagswahl) verabschiedet werden sollte, „ideologischen Ballast“ abwerfen und ihre Partei noch stärker als bisher in der bürgerlichen Mitte verankern wollten.

Dass die *Agenda 2010* mit dem herkömmlichen sozialdemokratischen Gerechtigkeitsbegriff schwer vereinbar war, räumte Thomas Meyer – wenngleich etwas verklausuliert – ein: „Eine Begründung der Agenda nach Gerechtigkeitskriterien lässt sich mit den (...) Kernelementen des Gerechtigkeitsbegriffs im sozialdemokratischen Grundsatzprogramm nicht stützen.“¹⁰⁴ Meyer fürchtete sogar, dass sich der Widerspruch zwischen dem Legitimationsanspruch und der Regierungspraxis seiner Partei verschärfen werde, falls diese daran festhalte. Er wandte sich gegen Versuche, aus der Not eine Tugend zu machen und den Begriff „soziale Gerechtigkeit“ selbst zur Disposition zu stellen, wie gegen Tendenzen zur „opportunistische(n) Anpassung des Gerechtigkeitskonzepts an eine ohne sein Mitwirken entstandene Realität“, lehnte eine grundlegende Revision der Praxis jedoch entschieden ab und schob die Schuld an der wachsenden Kluft zwischen Regierungspraxis und Parteiprogrammatik klar der Letzteren zu: „So eindimensional, wie der Gerechtigkeitsbegriff im (Berliner; *Ch.B.*) Grundsatzprogramm gefasst ist, leistet er unter den gegenwärtigen Handlungsbedingungen eher einen Beitrag zur *Entlegitimierung wichtiger Teile der rot-grünen Regierungspolitik*.“¹⁰⁵

¹⁰³ Gotthard Breit, „Soziale Ungleichheit“ heute?, in: Politische Bildung 4/2004, S. 131

¹⁰⁴ Thomas Meyer, Die Agenda 2010 und die soziale Gerechtigkeit, in: PVS 2/2004, S. 184

¹⁰⁵ Ebd. (Hervorh. im Original)

Thomas Meyer, der die eher hinter verschlossenen Türen geführte Diskussion über das neue SPD-Parteiprogramm maßgeblich beeinflusste, verwarf einen „pauschalen und linearen Egalitarismus“ und plädierte für einen „mehrdimensionalen“ Gerechtigkeitsbegriff, weil dieser der Komplexität moderner Gesellschaften angemessener sei. Auf der Basis eines modifizierten Gerechtigkeitsbegriffs und einer nicht unkomplizierten Argumentation legitimierte Meyer den Regierungskurs: „Im Hinblick auf die langfristige Gewährleistung sozialer Grundsicherung, einer Verbesserung der Chancengleichheit durch Investitionen und Reformen im Bildungsbereich und die Verbesserung der in mehrfacher Hinsicht zentralen Dimension Inklusion auf den Arbeitsmarkt kann die Agenda 2010 in der Substanz als ein Versuch zur Verbesserung der Gerechtigkeitsbilanz der Bundesrepublik gewertet werden.“¹⁰⁶ Somit reduzierten sich Akzeptanzschwierigkeiten auf bloße Vermittlungsprobleme, in Meyers Worten: „das fast völlige Ausbleiben eines öffentlichen Begründungsdiskurses, in dem die Verantwortlichen hätten deutlich machen können, welche Maßstäbe sie zugrunde legen, worin der normative Zusammenhang zwischen den einzelnen Projekten besteht und welche Ziele sie mit dem Projekt verfolgen.“¹⁰⁷ Man hatte den Wähler(inne)n das großartige, in sich stringente und für die Menschen eigentlich plausible Reformwerk also nur nicht gut genug erklärt. Frank Pilz bemerkt zu dieser bei Politikern der SPD und der Bündnisgrünen häufig anzutreffenden Position: „Wer die Umsetzung von Reformmaßnahmen auf ein ‚Vermittlungsproblem‘ reduziert, demonstriert nicht nur Realitätsferne, sondern verzichtet auch auf eine überzeugende Begründung der Notwendigkeit und der Ausrichtung der Reformen.“¹⁰⁸

Da die rot-grüne Regierungspraxis dem Berliner Grundsatzprogramm der SPD, insbesondere seiner Vision von einem demokratischen Sozialismus, immer weniger entsprach, hätte sie ihm eigentlich stärker angeglichen werden müssen. Gerhard Schröder und der seinerzeit von ihm als Generalsekretär ins Willy-Brandt-Haus geholte Olaf Scholz bemühten sich umgekehrt darum, die Partei selbst und ihre Prinzipien der Regierungspolitik anzupassen: Grundwerte wie die soziale Gerechtigkeit und einen Leitbegriff wie „demokratischer Sozialismus“ erklärte man für antiquiert, interpretierte sie um oder relativierte sie auf andere Weise.

Unter der Überschrift „Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert“ legte Scholz am 16. Juli 2003 beim „Programmdialog Gerechtigkeit. Antworten auf eine alte Frage“ im Berliner Willy-Brandt-Haus 13 Thesen für die Umgestaltung des Sozialstaates und die Zukunft sozialdemokratischer Politik vor. Darin plädierte der SPD-Generalsekretär für die Erweiterung des Gerechtigkeitsbegriffs, der zu sehr auf Verteilungsgerechtigkeit gemünzt gewesen sei, was sich aufgrund der Globalisierung ändern müsse. Hierbei verdiene vor allem der Zusammenhang von Freiheit und Gerechtigkeit, die sich

¹⁰⁶ Ebd., S. 188

¹⁰⁷ Siehe ebd.

wechselseitig bedingen, mehr Aufmerksamkeit: „Gerecht ist“, meinte Scholz, „was Menschen in die Lage versetzt, ihr Leben so zu gestalten, wie sie es selbst gerne gestalten möchten.“¹⁰⁹ Folglich hätten Sozialdemokrat(inn)en an der Regierung die Aufgabe, dafür geeignete Voraussetzungen zu schaffen. Die beiden Politikfelder, wo darüber entschieden werde, ob die Gesellschaft (fast) allen Menschen ausreichende Teilhabechancen biete, sind Scholz zufolge Bildung und Arbeit: „Auf diesen Gebieten vor allem erweist sich der Gerechtigkeitsgrad unseres Gemeinwesens, auf diesen Gebieten müssen Sozialdemokraten heute ihrem emanzipatorischen Anspruch und Erbe gerecht werden.“¹¹⁰

Es fällt auf, dass Scholz mit diesem Gerechtigkeitsbegriff nur noch auf den Zugang zur Lohnarbeit und zur Bildung (verstanden als Qualifikation, um auf dem Arbeitsmarkt bestehen zu können) abzielte, während er die Kapitalseite, Finanzmagnaten und Großaktionäre aus ihrer sozialen Verantwortung entließ und von jeglicher Verpflichtung (etwa zum Teilen ihres Reichtums mit anderen) freistellte. Bundestagspräsident Wolfgang Thierse, der im Unterschied zu Schröder und seinem Generalsekretär am Reizwort „demokratischer Sozialismus“ festhielt, wies jedoch darauf hin, „dass Vollbeschäftigung (allgemeine Teilhabe am Arbeitsleben) nicht ohne Umverteilung und Verteilungsgerechtigkeit hergestellt werden kann.“¹¹¹ Dafür nannte Thierse in erster Linie makroökonomische Gründe: „Dauerhafte Vollbeschäftigung bedarf eines ‚Produktivitätspaktes‘ zwischen Kapital und Arbeit. Nur die Beteiligung der Beschäftigten an den Produktivitätsfortschritten und am Wachstum kann über eine Ausweitung der Gesamtnachfrage langfristig verhindern, dass das Arbeitsvolumen stetig sinkt.“¹¹²

Damit die Menschen ihre eigenen Pläne verfolgen können, brauchen sie nach wie vor Geld, das sie im Falle der Erwerbslosigkeit als soziale bzw. Entgeltersatzleistung vom Staat erhalten müssen. Dies gilt auch für die von Scholz emphatisch geforderten Chancen auf Teilhabe an Bildung und Arbeit. Denn ohne ausreichende materielle Unterstützung bleibt die Möglichkeit, etwa an Weiterbildungskursen mit dem Ziel verbesserter Arbeitsmarktchancen teilzunehmen, ein leeres Versprechen. Hans-Jürgen Urban hegte den begründeten Verdacht, dass die Entwertung der *Verteilungsgerechtigkeit* durch führende Sozialdemokraten nicht zuletzt dem Ziel diene, sich unliebsamer Maßstäbe zur Bewertung der eigenen (Regierungs-)Politik zu entledigen.¹¹³

¹⁰⁸ Frank Pitz, *Der Sozialstaat. Ausbau – Kontroversen – Umbau*, Bonn 2004 (Schriftenreihe der Bundeszentrale für politische Bildung, Bd. 452), S. 227

¹⁰⁹ Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 15

¹¹⁰ Ebd., S. 16

¹¹¹ Wolfgang Thierse, *Die Sozialdemokratie muss dem Mainstream widerstehen. Die Freiräume der Menschen dürfen nicht der Privatisierung und Kommerzialisierung zum Opfer fallen*, in: FR v. 12.9.2003

¹¹² Ebd.

¹¹³ Vgl. Hans-Jürgen Urban, *Eigenverantwortung und Aktivierung – Stützpfiler einer neuen Wohlfahrtsarchitektur?*, a.a.O., S. 471

Der moderne Sozialstaat darf Scholz zufolge weder die wirtschaftliche Dynamik beeinträchtigen noch den Zugang möglichst vieler Gesellschaftsmitglieder zu Bildung und Arbeit behindern, was er jedoch in der Vergangenheit – so lautet zumindest der implizite Vorwurf – versäumt haben soll: „Nur ein auf Prävention und Chancengleichheit setzender Sozialstaat kann unter den veränderten ökonomischen und gesellschaftlichen Rahmenbedingungen Gerechtigkeit gewährleisten.“¹¹⁴ Florian Gerster, seinerzeit Präsident der Bundesanstalt für Arbeit, fragte in der *Welt* rhetorisch, wie viel Sozialstaat „wir“ uns noch leisten könnten, und gab zur Antwort: „Ohne Schaden für Beschäftigung und wirtschaftliche Dynamik deutlich weniger als heute. (...) Das bedeutet Rückbau des Sozialstaats, Teilhabegerechtigkeit und Mindestabsicherung statt materieller Umverteilung.“¹¹⁵ Allerdings unterschlug Gerster, dass die Bundesrepublik so reich wie nie war und ihre Volkswirtschaft sich trotz konjunktureller Rückschläge als „Exportweltmeister“ präsentierte. Von der Notwendigkeit, „den Gürtel enger zu schnallen“, kann eigentlich nur die Rede sein, wenn man die ungerechte Verteilung des gesellschaftlichen Wohlstandes ausblendet.

Debatten über die Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums waren nach Meinung des auf dem Bochumer Bundesparteitag im November 2003 nur mit knapper Mehrheit wiedergewählten und im März 2004 durch Klaus Uwe Benneter als SPD-Generalsekretär abgelösten Scholz deshalb nicht mehr von zentraler Bedeutung, weil der Sozialstaat „bereits ein sehr weitgehendes Niveau der Umverteilung materieller Ressourcen und Einkommen erreicht“ habe.¹¹⁶ Armut, die in unserer Gesellschaft – ganz besonders unter jungen Menschen – wächst,¹¹⁷ wird völlig ignoriert, und die Verteilungsverhältnisse erklärt man für weitgehend irrelevant, obwohl oder gerade weil sie dem Gebot sozialer Gerechtigkeit heute mehr denn je seit 1945 zuwiderlaufen.

Der frühere niedersächsische Ministerpräsident Sigmar Gabriel bemerkte immerhin, „dass es auch heute noch um Verteilungs- und damit um Machtfragen geht.“¹¹⁸ Gleichzeitig warnte er davor, Chancen- und Verteilungsgerechtigkeit, die für ihn zwei Seiten der gleichen Medaille bilden, gegeneinander auszuspielen. Nötig sei zwar eine Veränderung sowohl der praktischen Politik (durch die *Agenda 2010*) wie auch der sozialdemokratischen Programmatik (durch die „Neubestimmung der Balance zwischen individueller und gesellschaftlicher Freiheit und Verantwortung“), dafür brauche

¹¹⁴ Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O., S. 19

¹¹⁵ Florian Gerster, *Die neue Sozialstaatsfrage. Fürsorge muss auch vom Machbaren abhängen, nicht nur vom Wünschbaren für den Einzelnen*, in: *Die Welt* v. 2.9.2003

¹¹⁶ Siehe Olaf Scholz, *Gerechtigkeit und Solidarische Mitte im 21. Jahrhundert*, a.a.O.

¹¹⁷ Vgl. hierzu: Christoph Butterwegge u.a., *Armut und Kindheit. Ein regionaler, nationaler und internationaler Vergleich*, 2. Aufl. Wiesbaden 2004; ders./Michael Klundt/Matthias Zeng, *Kinderarmut in Ost- und Westdeutschland*, Wiesbaden 2005

¹¹⁸ Siehe Sigmar Gabriel, *Die Akkus nicht entladen und den Kompass nicht wegwerfen. Anmerkungen zur Debatte um den Begriff des „demokratischen Sozialismus“ in der SPD*, in: *FR* v. 23.8.2003

man jedoch weder neue Grundwerte noch einen Identitätswechsel der SPD: „Wenn der Wind sich dreht, dann müssen wir die Segel anders stellen, aber nicht den Kompass über Bord werfen.“¹¹⁹

Das sah Heidemarie Wieczorek-Zeul, Bundesministerin für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, ganz ähnlich. Die Stellvertretende SPD-Vorsitzende beharrte in der Diskussion darauf, dass es nach wie vor sowohl hierzulande als auch global, im Verhältnis von Nord zu Süd, aber auch zwischen Mann und Frau „eklatante und teils neu aufbrechende und gefährliche Ungerechtigkeiten“ gebe: „Eine Partei, die den Anspruch erhebt, auch in internationalen Bezügen zu denken, und die ihre Identität mit den Namen von Willy Brandt und Olof Palme verbindet, darf die Frage nach sozialer Gerechtigkeit, auch Verteilungsgerechtigkeit, nicht als erledigt betrachten.“¹²⁰ Zweifellos kann die Frage der Gerechtigkeit heute nicht mehr von ihrer globalen Dimension getrennt, sondern nur dann richtig beantwortet werden, wenn man den Nord-Süd-Konflikt löst bzw. die Spaltung zwischen der sog. Ersten und Dritten Welt beseitigt. Die ethnozentrische Verkürzung der Gerechtigkeitsdiskussion lässt sich aufheben, sofern neben der internen auch die externe Verteilungsgerechtigkeit berücksichtigt wird. „Eine Gesellschaft ist extern gerecht, wenn sie nicht die Entwicklung anderer Gesellschaften, beispielsweise durch Ausbeutung ihrer Ressourcen und Menschen oder durch unfaire Handelsregeln be- oder verhindert.“¹²¹ Werte wiederum, meinte Wieczorek-Zeul, dürfe man nicht wechseln wie das Hemd oder einfach umdefinieren. Mehr soziale Gleichheit bzw. Verteilungsgerechtigkeit bilde die Grundlage für Teilhabechancen benachteiligter Gesellschaftsschichten: „Je ungerechter Reichtümer und Einkommen verteilt sind, desto schwieriger wird der Zugang zu Bildung und Arbeit.“¹²² Damit sprach Wieczorek-Zeul die oft übersehene Tatsache an, dass ein hohes Maß an Gleichverteilung von materiellen Gütern, d.h. an sozialer Verteilungsgerechtigkeit, in einer Gesellschaft die entscheidende Voraussetzung dafür ist, dass sie möglichst vielen ihrer Mitglieder die Möglichkeit zur Integration und Partizipation bieten kann.

6.5 Modernisierung oder Abschied der SPD (wie auch der CDU) von sich selbst?

Birgit Mahnkopf diagnostiziert eine „mentale Kolonialisierung der Sozialdemokratie durch den Neoliberalismus“, die darin gipfele, „dass die Schimäre einer (wachstumshinderlichen) egalitären Gesellschaft erhalten muß, um ein Mehr an Ungleichheit zu rechtfertigen, dessen ökonomischer Sinn zweifelhaft ist und dessen soziale Folgen für die Demokratie in Deutschland erhebliche Gefahren mit

¹¹⁹ Ebd.

¹²⁰ Heidemarie Wieczorek-Zeul, Werte wechseln wie das Hemd? – SPD muss für Verteilungsgerechtigkeit stehen, in: FR v. 19.9.2003

¹²¹ Silvia Staub-Bernasconi, Gerechtigkeit und sozialer Wandel, in: Werner Thole u.a. (Hrsg.), Soziale Arbeit im öffentlichen Raum. Soziale Gerechtigkeit in der Gestaltung des Sozialen, Wiesbaden 2005, S. 82

¹²² Heidemarie Wieczorek-Zeul, Werte wechseln wie das Hemd?, a.a.O.

sich bringen.“¹²³ Arno Klönne sah die SPD mit dem Schröder/Blair-Papier sogar „Abschied von sich selbst“ nehmen, was er wie folgt begründete: „Der Sozialstaat kapitalistischer Provenienz war der Kern des Godesberger Programms, und dies schlug in gesellschaftliche Realität um. Der ‚Weg nach vorne‘ wendet sich davon ab.“¹²⁴

In der „Umbau“-Diskussion verschwammen die Grenzen zwischen sozialdemokratischen Prinzipien und neoliberalen Positionen immer mehr. Peter Glotz, Hochschullehrer in St. Gallen und ehemaliger Bundesgeschäftsführer der SPD, verlangte einen radikalen Kurswechsel: „Die sozialdemokratische Theorie des Sozialstaats und der sozialen Gerechtigkeit muss neu formuliert werden, und zwar nicht wegen temporärer Budgetprobleme oder irgendeines läppischen (aber von uns Deutschen erfundenen) Defizitkriteriums im ‚Stabilitätspakt‘ der EU. Vielmehr unterscheiden sich die Grundzüge des gegenwärtigen Zeitalters radikal von der Periode, in der der europäische Wohlfahrtsstaat konzipiert wurde.“¹²⁵ Glotz, dem eine von ihm beschönigend „Rückbau“ genannte Demontage des Sozialstaates trotz des immensen Reichtums der Bundesrepublik als „unausweichlich“ erschien, nannte dafür drei Gründe: das Altern der Gesellschaft, den „digitalen Kapitalismus“ ohne eine Möglichkeit der Rückkehr zur Vollbeschäftigung und die deutsche Wiedervereinigung. Keiner davon konnte jedoch überzeugen. Zwar fungiert die Demografie in Medien und Öffentlichkeit als Mittel sozialpolitischer Demagogie, die Leistungsfähigkeit einer Gesellschaft bemisst sich aber nicht nach dem Alter ihrer Mitglieder, sondern nach der Ertragskraft ihrer Volkswirtschaft. Gerade der wissenschaftlich-technische Fortschritt und die Globalisierung boten der Bundesrepublik dafür günstige Bedingungen. Hieran hat auch die deutsche Vereinigung trotz enormer Kosten und Belastungen der sozialen Sicherungssysteme wenig geändert. Vielmehr bewies der gleichzeitig stattfindende Sozialabbau in anderen Ländern, dass es sich nicht um ein *nationales* Phänomen, sondern um ein gesellschaftspolitisches Großprojekt handelt, das überall in der Welt auf parallel getroffenen Entscheidungen liberalkonservativer Kräfte beruht.

Dass die SPD neuerdings nicht nur „Chancen-“ statt „Ergebnisgleichheit“, sondern auch „Teilhabe-“ statt „Verteilungsgerechtigkeit“ fordert, die „Eigenverantwortung“ anstelle der Solidarität betont und sich zum Leistungsprinzip wie zu „Eliten“ bzw. „Exzellenz“ bekennt,¹²⁶ nennt Heinrich Oberreuter eine Übernahme konservativer Grundpositionen: „Sie ist damit bei Ludwig Erhard angekommen.“¹²⁷

¹²³ Siehe Birgit Mahnkopf, Formel 1 der neuen Sozialdemokratie: Gerechtigkeit durch Ungleichheit, a.a.O., S. 503

¹²⁴ Arno Klönne, Die Sozialdemokratie nimmt Abschied von sich selbst. Bemerkungen zum Blair-Schröder-Programm, in: Kommune 7/1999, S. 61

¹²⁵ Peter Glotz, Die soziale Selbstgerechtigkeit. Ohne eine neue Theorie des Wohlfahrtsstaats ist die SPD nicht mehr regierungsfähig, in: Die Zeit v. 8.5.2003

¹²⁶ Vgl. z.B. Gerhard Schröder, Die neue Lust auf Exzellenz, in: Vorwärts 2/2004, S. 5f.

¹²⁷ Heinrich Oberreuter, Die „neue Mitte“ – Herausforderungen für die Unionsparteien, in: Gerhard Hirscher/Roland Sturm (Hrsg.), Die Strategie des „Dritten Weges“. Legitimation und Praxis sozialdemokratischer Regierungspolitik, München 2001, S. 207

Martin Seeleib-Kaiser deutet die immer „stärkere Fokussierung der Sozialdemokratie auf Eigenverantwortung, bürgerschaftliche Arrangements und die Familie sowie die Reduzierung der staatlichen Regulation im Wirtschaftsleben und der Sozialpolitik“ gleichfalls als Fortführung modernen christdemokratischen Gedankengutes, das auf einen „sozialen Kapitalismus“ setze.¹²⁸ Dieser politikwissenschaftliche Befund korreliert mit der Feststellung Elisabeth Niejahrs, dass die ideologischen Gegensätze zwischen den parteipolitischen Lagern schwänden: „Sozialdemokraten und Grüne machten die Familienpolitik im Wahljahr 2002 zu einem zentralen Kampagnenthema.“¹²⁹ Die für Sozialpolitik zuständige *Zeit*-Korrespondentin weist gleichzeitig auf einen „natürlichen Konflikt“ hin, der sich zwischen dem Ziel der Chancengleichheit und dem Wunsch auf, das gefährdete Biotop der bürgerlichen Kern- oder Kleinfamilie erneut zu beleben: „Es ist (...) kaum vorstellbar, dass die Familie wieder stärker in das Zentrum der Gesellschaft rückt, ohne dass es für die Zukunft eines Kindes noch stärker als bisher dadurch bestimmt wird, ob es Arzttochter oder Sohn eines Sozialhilfeempfängers ist.“¹³⁰

Martin Frenzel sieht die Sozialdemokraten bei ihrer „Neujustierung von Markt, Sozialstaat und Eigenverantwortung“ bzw. ihrem „Drahtseilakt zwischen Wohlfahrts- und Wettbewerbsstaat“ auf einer politisch-ideologischen Gratwanderung: „Die europäische Sozialdemokratie kann zwar einen weniger fürsorglichen denn aktivierend-fordernden Sozialstaat wagen, aber kaum das Prinzip der sozialen Gerechtigkeit opfern, es sei denn um den Preis des dauerhaften, eigenen elektoralen Niedergangs.“¹³¹ Der Göttinger Parteienforscher Peter Lösche beklagt vor allem den zunehmenden Verlust einer originären Zielsetzung der sozialdemokratischen Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik: „Was den europäischen Sozialdemokratien fehlt, was verloren ging, ist die ‚große Erzählung‘ von der Humanisierung der Gesellschaft, von der sozialen, ökonomischen, politischen und kulturellen Egalität, von der sozialen Gerechtigkeit.“¹³²

Sigmar Gabriel forderte ein „zweites Godesberg“, das die individuelle Entscheidungsfreiheit und das Bewusstsein einer gemeinsamen Verantwortung für die Gesellschaft miteinander zu versöhnen hätte: „Im Grunde geht es um eine Wiederbelebung unseres Solidaritätsbegriffes: verantwortliches Handeln für sich und gegenüber anderen.“¹³³ Neben das Plädoyer für mehr Eigenverantwortung trat bei dem zusammen mit anderen sozialdemokratischen Nachwuchspolitiker(inne)n im „Netzwerk Berlin“

¹²⁸ Siehe Martin Seeleib-Kaiser, Neubeginn oder Ende der Sozialdemokratie? – Eine Untersuchung zur programmatischen Reform sozialdemokratischer Parteien und ihrer Auswirkung auf die Parteiendifferenzthese, in: PVS 3/2002, S. 492

¹²⁹ Elisabeth Niejahr, Alt sind nur die anderen. So werden wir leben, lieben und arbeiten, Frankfurt am Main 2004, S. 25
¹³⁰ Ebd.

¹³¹ Martin Frenzel, Neue Wege der Sozialdemokratie – sozialliberaler Minimalkonsens oder christdemokratische Kopie?, Eine Erwiderung auf Martin Seeleib-Kaiser, in: PVS 1/2003, S. 87

¹³² Peter Lösche, Sozialdemokraten im Niedergang? – Zum Zustand der SPD und ihrer europäischen Schwesterparteien, in: Blätter für deutsche und internationale Politik 2/2003, S. 212

¹³³ Sigmar Gabriel, Ein zweites Godesberg, in: Die Zeit v. 22.5.2003

organisierten Gabriel der kommunitaristisch begründete, aber unsinnige Appell an den Gemeinsinn: „Wir brauchen einen sozialen Patriotismus, dem sich insbesondere die geistigen und wirtschaftlichen Eliten verpflichtet fühlen.“ Von hier bis zu einem Standortnationalismus, wie ihn etwa die Rede zur *Agenda 2010* enthielt, war es nicht mehr weit.

Manches deutete darauf hin, dass die SPD, nachdem sie die soziale Gleichheit, das – natürlich nicht mit Gleichmacherei zu verwechselnde – Ziel der Arbeiterbewegung, aus ihrem Grundsatzprogramm getilgt hatte, in der Regierungsverantwortung auch die soziale Gerechtigkeit zugunsten von Chancen-, Generationen- oder „Zukunftsgerechtigkeit“ aufgab, (Wahl-)Freiheit für ihr übergeordnet erklärte und deren Rückbindung an die Versorgung ihrer Klientel mit materiellen Gütern leugnete. Grundwerte, die nur in Sonntagsreden, aber nicht in der Alltagspraxis zur Geltung kommen, sind wertlos! Grundwerte, die inhaltlich ausgehöhlt und zu Phrasen verkommen waren, konnten die politische Praxis der Partei nicht mehr anleiten.

In der Programm- und Gerechtigkeitsdiskussion spielten *linkssozialdemokratische* Positionen, wie sie außerhalb der Parteigremien, aber an sehr prominenter Stelle vor allem Oskar Lafontaine vertrat,¹³⁴ praktisch keine Rolle. Vielmehr gelang es der Parteispitze gemeinsam mit dem Kanzleramt, die frühere Programmpartei in einem rigiden Disziplinierungsprozess weitgehend hinter Bundeskanzler Schröder zu versammeln und die innerparteiliche Opposition durch die Drohung, mit der Meinungskonformität gehe auch die Regierungsfähigkeit der SPD für Jahrzehnte verloren, trotz wachsender Unzufriedenheit und ständiger Mitgliederverluste ruhig zu stellen.¹³⁵

Genauso schnell, wie die Debatte über den angeblich revisionsbedürftigen Gerechtigkeitsbegriff und das sozialdemokratische Grundwerteverständnis begonnen hatte, wurde sie auch wieder beendet, was ihren Alibi- bzw. Ablenkungscharakter unterstreicht. Parallel dazu fand eine ähnliche Diskussion mit vergleichbaren Ergebnissen auch in der CDU statt. Sonst hätten sich die „Modernisierer/innen“ in der SPD kaum derart rasch und radikal mit ihrem Reformkurs durchgesetzt. Vielmehr gab es inhaltliche Überschneidungen, Parallelen und Wechselwirkungen, die berücksichtigt werden müssen, will man den sozialdemokratischen Kurswechsel verstehen.

Angela Merkel, die sich aufgrund der Parteispendenaffäre und des Sturzes ihrer Vorgänger Helmut Kohl und Wolfgang Schäuble darüber als CDU-Vorsitzende schnell fest etablieren konnte, führte in der Union einen ähnlichen gesellschaftspolitischen Richtungswechsel herbei wie Gerhard Schröder ungefähr zur selben Zeit in der SPD. In einer Grundsatzrede zum 13. Jahrestag der deutschen Einheit

¹³⁴ Vgl. Oskar Lafontaine, *Die Wut wächst. Politik braucht Prinzipien*, München 2002

¹³⁵ Vgl. dazu: Franz Walter, *Abschied von der Toskana*, Wiesbaden 2005

formulierte sie am 1. Oktober 2003 einen um die „Leistungsgerechtigkeit zwischen Staat und Bürger“ erweiterten Gerechtigkeitsbegriff: „Keine Leistung ohne Gegenleistung, keine Abzocke des Bürgers, sondern ein Mehr an Wohlstand und Sicherheit – das ist moderne Gerechtigkeit.“¹³⁶ Populistisch forderte Merkel eine „Neujustierung“ der Grundwerte in ihrem Verhältnis zueinander, wobei sie den Akzent – hierin ebenfalls den Sozialdemokraten folgend – auf die Freiheit legte: „Damit Solidarität und Gerechtigkeit wieder gelebt werden können, muss die Freiheit in unserer Wertehierarchie wieder deutlich von unten nach oben kommen.“¹³⁷

Genau 2 Monate später beriet und beschloss der CDU-Parteitag in Leipzig über die Vorschläge einer Kommission „Soziale Sicherheit“, die unter Vorsitz des früheren Bundespräsidenten Roman Herzog getagt hatte. Als ihren Leitgedanken bezeichnete es die CDU im beinahe einstimmig verabschiedeten Antrag des Bundesvorstandes an den Parteitag, „durch Reformen, die von einer differenzierten Weiterentwicklung bis hin zu qualitativen Systemveränderungen reichen, den deutschen Sozialstaat langfristig so demographiefest wie möglich zu machen.“¹³⁸ Man sprach sich gegen die Erweiterung des Kreises der gesetzlich Sozialversicherten im Sinne einer Bürgerversicherung aus, was mit noch mehr Zwang verbunden sei und den Herausforderungen des demografischen Wandels nicht gerecht werde: „Durch eine solche Versicherung würde das Problem steigender Lohnnebenkosten nicht gelöst, sondern im Ergebnis noch vergrößert, weil die demographische Asymmetrie nicht mehr nur für den Teil der gesetzlich versicherten Bevölkerung zum Tragen käme, sondern auch für den Teil, der privat versichert ist, und obendrein die Bindung der Beitragseinnahmen an Löhne und Gehälter weiter bestehen bliebe.“¹³⁹ Während sich für Privatversicherte ihrer Meinung nach überhaupt nichts ändern sollte, verlangte die CDU die Überführung der Gesetzlichen Krankenversicherung in ein ganz anderes, kapitalgedecktes und einkommensunabhängiges Prämiensystem, das erheblich „demographiefester“ sein sollte, jedoch hohe Gesundheitsprämien (genannt wurde zunächst ein Betrag von ca. 264 Euro monatlich, der allerdings immer mehr zusammenschmolz) erforderlich machte. Den erforderlichen sozialen Ausgleich für Bezieher kleiner Einkommen wollte die CDU aus Steuermitteln finanzieren, wofür sie einen Betrag in Höhe von ca. 27,3 Mrd. Euro jährlich veranschlagte. Als besondere Vorzüge ihres Konzepts pries die Partei neben einer „deutlich höhere(n) Demographiefestigkeit des Systems“ die „deutliche Entlastung der Bezieher höherer (sic!) Einkommen durch die Prämie“ gegenüber dem bisherigen Krankenversicherungsbeitrag.¹⁴⁰

¹³⁶ Angela Merkel, Quo vadis Deutschland? – Gedanken zum 13. Jahrestag der Deutschen Einheit. Grundsatzrede von Angela Merkel, gehalten am 1. Oktober 2003 vor der Konrad-Adenauer-Stiftung, http://www.cdu.de/ueberuns/buvo/pv/01-10-03-quo-vadis-deutschland_rede_fv.pdf, S. 6

¹³⁷ Ebd.

¹³⁸ Siehe Deutschland fair ändern. Ein neuer Generationenvertrag für unser Land. Programm der CDU zur Zukunft der sozialen Sicherungssysteme. Antrag des Bundesvorstandes der CDU Deutschlands an den 17. Parteitag am 1./2. Dezember 2003 in Leipzig, o.O.u.J., S. 10

¹³⁹ Ebd., S. 13

¹⁴⁰ Siehe ebd., S. 18

Die vom Leipziger Parteitag beschlossene Gesundheitsprämie bedeutete einen radikalen Bruch mit jenem Wohlfahrtsstaatsmodell, das die CDU in der alten Bundesrepublik unter dem Markenzeichen „Soziale Marktwirtschaft“ mit begründet hat, weil nun nicht mehr die Höhe des Einkommens darüber entscheiden soll, welchen Beitrag jedes einzelne Kassenmitglied bezahlen muss. Jahrzehntlang hatte der Arbeitnehmerflügel unter Hans Katzer und Norbert Blüm die *Sozialpolitik* der Union bestimmt. Letzterer war so lange wie kein anderer Politiker, nämlich von 1982 bis 1998, Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung. Seine bitterste Niederlage erlitt Blüm aber erst lange nach seiner Ablösung durch Walter Riester. Auf mehreren Regionalkonferenzen im Vorfeld des Leipziger CDU-Parteitages am 1./2. Dezember 2003 wurde Blüm ausgelacht, als er die Delegierten beschwor, den von Angela Merkel unterstützten Empfehlungen der sog. Herzog-Kommission nicht zu folgen, die solidarische Krankenversicherung vielmehr beizubehalten und eine für alle gleich hohe Gesundheitsprämie bzw. Kopfpauschale abzulehnen.

In der schnell wieder verflogenen Aufbruchstimmung des Leipziger Parteitages folgten die Delegierten der dem neoliberalen Mainstream verpflichteten CDU-Führung auch bei der Beschlussfassung über ein Steuerkonzept, das Merkels damaliger Stellvertreter Friedrich Merz entwickelt hatte. Demnach erhielt jede Person einen Grundfreibetrag in Höhe von 8.000 EUR, und der Eingangssteuersatz würde von 15 auf 12 Prozent gesenkt. Den linear-progressiven Tarif wollte Merz durch zwei weitere Steuerstufen (von 24 Prozent ab einem Einkommen in Höhe von 16.000 EUR und von 36 Prozent ab einem Einkommen in Höhe von 40.000 EUR) ersetzen. Damit würden Millionen gehobene Normalverdiener/innen – ebenso wie die relativ wenigen Einkommensmillionäre – den (hauptsächlich für Letztere extrem günstigen) Spitzensteuersatz bezahlen müssen. Beibehalten werden sollte das Ehegattensplitting, in seiner unsozialen Wirkung noch verstärkt durch einen (vor allem wohlhabende Hausfrauenfamilien begünstigenden) relativ hohen, frei übertragbaren und auch für Kinder geltenden Grundfreibetrag. Gutbetuchte, die sich einen Bodygard, einen Butler, einen Chauffeur, einen Gärtner, ein Kindermädchen und/oder eine Hausdame leisten, könnten an deren Gehaltszahlung fortan die weniger privilegierten Steuerbürger/innen beteiligen: „Der private Haushalt wird grundsätzlich als Arbeitgeber anerkannt. Alle Aufwendungen, insbesondere die für Kinderbetreuung, und alle sonstigen Beschäftigungsverhältnisse, die einkommensteuerpflichtig und sozialversicherungspflichtig sind, werden als Werbungskosten/Betriebsausgaben steuerlich anerkannt und sind abzugsfähig.“¹⁴¹

¹⁴¹ Friedrich Merz, Ein modernes Einkommensteuerrecht für Deutschland. Zehn Leitsätze für eine radikale Vereinfachung und eine grundlegende Reform des deutschen Einkommensteuersystems, in: ders., Nur wer sich ändert, wird bestehen. Vom Ende der Wohlstandsillusion – Kursbestimmung für unsere Zukunft, 2. Aufl. Freiburg im Breisgau/Basel/Wien 2004, S. 214

Bei den von Arbeitnehmer(inne)n geltend gemachten Werbungskosten (z.B. für ein häusliches Arbeitszimmer) sowie Steuervergünstigungen (partielle Befreiung der Sonntags-, Feiertags- und Nachtzuschläge von der Lohn- und Einkommensteuer) war man weniger großzügig: Sie sollten ebenso wie die Entfernungspauschale und der Sparer-Freibetrag gestrichen werden; der Arbeitnehmer-Pauschbetrag würde reduziert. Dagegen würden Kapitalerträge einheitlich nur noch mit einem Satz von 24 Prozent besteuert und die Reichen geschont, aber auch ganz offiziell entlastet: „Im Zuge einer Vereinfachung und einem klaren Signal (so im Original; *Ch.B.*) für eine moderne und gerechte Besteuerung nach dem Prinzip der Leistungsfähigkeit muss die Vermögensteuer durch Gesetzesbeschluss des Deutschen Bundestages und des Bundesrates endgültig förmlich aufgehoben werden.“¹⁴² Dass dieses CDU-Modell einer systematischen Umverteilung des Volksvermögens von unten nach oben wie auch einer weiteren Entlastung von Kapitaleigentümern, Besserverdienenden und Kinderreichen mit dem kurz vorher verabschiedeten Konzept einer wesentlich über Steuern zu finanzierenden Gesundheitsprämie unvereinbar war, wurde selbst Beobachter(inne)n klar, die an seiner sozialen Schieflage nichts auszusetzen hatten.

Durch die neoliberale Wende, die Abkehr von der katholischen Soziallehre und die Hinwendung zur Kopfprämie besiegelte die CDU ihr Ende als zweite große Wohlfahrtsstaatspartei der Bundesrepublik. Was die Herzog-Kommission unter maßgeblicher Mitwirkung der Unternehmensberatungsfirma McKinsey & Company als christdemokratisches „Modernisierungskonzept“ für das Gesundheitswesen entwickelt hatte, war Liberalkonservatismus pur, aber kein Patentrezept für den „kranken Sozialstaat“. Peter Lohauß spricht von einer „historisch einschneidende(n) Wende in der Grundausrichtung des bundesdeutschen Sozialstaates“, die durch einen Kurswechsel sowohl der SPD wie auch der CDU nach entsprechenden Beschlüssen im Laufe des Jahres 2003 möglich geworden sei. Er sieht darin eine „Abkehr von bisher bewährten Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit“ und kritisiert, „dass es nicht mehr nur um einzelne, aus der Knappheit von Haushaltsmitteln erzwungene und möglicherweise auch nur befristete Maßnahmen geht, die die Regierung umsetzt, sondern dass die Basis der Volksparteien selbst grundlegenden Kursänderungen zustimmt.“¹⁴³ Dass es hierbei gleichwohl Friktionen gab, zeigte der wochenlange Streit zwischen CDU und CSU über die Umgestaltung der Krankenversicherung, welcher am 15. November 2004 mit einer fragwürdigen, niemanden zufrieden stellenden Kompromisslösung („Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell“) endete.¹⁴⁴ Erst als die CSU und ihr Vorsitzender, Bayerns Ministerpräsident Edmund Stoiber, nicht mehr auf einem Solidarausgleich innerhalb der Sozialversicherung bestanden, was dem Ziel diente, die Steuern weiter senken zu

¹⁴² Ebd., S. 218

¹⁴³ Siehe Peter Lohauß, Wachstum und Systemwechsel. Das Ende des Sozialstaates, wie wir ihn kannten, in: *Kommune* 1/2004, S. 6

¹⁴⁴ Vgl. Eckpunkte der CDU und CSU für ein „Solidarisches Gesundheitsprämien-Modell“, in: *Soziale Sicherheit* 11/2004, S. 375f.

können, sondern eine modifizierte und ausgesprochen komplizierte Form der Gesundheitsprämie akzeptierten, lenkten ihre Schwesterpartei und deren Vorsitzende Angela Merkel ein.

Zu den wenigen namhaften CDU-Politikern, die dem Wirtschaftsflügel ihrer Partei und neoliberalen Einflüssen entgegentraten, gehörte Hermann-Josef Arentz. In seinem Buch „Sozialstaat im Härtestest“ warnte der CDA-Vorsitzende: „Wer der Union zum Ausstieg aus dem deutschen Sozialstaatsmodell und zu Anleihen in der Sozialpolitik der Vereinigten Staaten oder Großbritanniens rät, der verrät die Identität der CDU. Und er leistet einen veritablen Beitrag zur Wiederbelebung der SPD oder des linken oder rechten politischen Randes.“¹⁴⁵ Auf dem CDU-Parteitag in Düsseldorf am 6./7. Dezember 2004, der einen Beschluss zur Gesundheitsprämie im Sinne des Unionskompromisses fasste, wurde Arentz nicht wieder ins Parteipräsidium gewählt. Anschließend verlor Arentz auch seine übrigen Parteiämter und sein Landtagsmandat, weil er genauso wie der wenig später zurückgetretene CDU-Generalsekretär Laurenz Meyer jahrelang auf der Gehaltsliste des Stromkonzerns RWE gestanden hatte, ohne dafür zu arbeiten.

Bedingt durch einen neoliberalen Zeitgeist, der sich bei Regierungs- und Oppositionsparteien immer mehr durchsetzte, bewegte sich das deutsche Parteienspektrum gewissermaßen in Parallelverschiebung aller seiner Akteure nach rechts. Da die SPD während Gerhard Schröders Kanzlerschaft regierte, ohne genügend Rücksicht auf ihre Stammwählerschaft im Arbeitnehmerbereich zu nehmen, und dies mit der Abwahl von nicht weniger als sechs sozialdemokratischen Ministerpräsidenten und von Heide Simonis als einziger Ministerpräsidentin bezahlte, ohne deshalb ihren Kurs selbstkritisch zu reflektieren und zu korrigieren, die CDU unter Angela Merkels Führung jedoch sogar noch wirtschaftsfreundlicher agierte, scheute sich die FDP nicht mehr, ganz auf schmückendes soziales Beiwerk zu verzichten, und forderte die Abschaffung der Gesetzlichen Krankenversicherung sowie die Auflösung der Bundesagentur für Arbeit. Relativ blass blieben die Bündnisgrünen in der sozialpolitischen Grundsatzdiskussion, wie Michael Opielka, ihr früherer „Cheftheoretiker“ auf diesem Politikfeld, kritisch bemerkte. Er sprach von „grüner Abstinenz“,¹⁴⁶ die umso mehr erstaunen musste, als grün-alternative Kräfte nach ihrer Parteigründung die Debatten über die Zukunft des Wohlfahrtsstaates in den frühen 80er-Jahren mit beherrscht hatten. Tatsächlich scheint die Regierungsbeteiligung zwischen 1998 und 2005 Bündnis 90/Die Grünen nicht weniger stark verändert zu haben als den sozialdemokratischen Koalitionspartner. Teilweise gewann man gar den Eindruck, dass sich die Bündnisgrünen noch mehr zur „Staatspartei“ gewandelt und angepasst hatten als die SPD.

¹⁴⁵ Hermann-Josef Arentz, Sozialstaat im Härtestest, Düsseldorf 2004, S. 217

¹⁴⁶ Siehe Michael Opielka, Grüne Abstinenz. Die Ideen der Partei zur Reformdebatte sind bisher blass geblieben, in: FR v. 15.5.2003